Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 25. Mittwoch den 31. Januar 1900. 7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Rüstungen!

O Alle Welt rüstet. Europa ist zu einem Kriegslager geworden. Noch nie standen solche Massen unter Waffen. Es sind ganze Städte gebaut worden, die nichts enthalten als Kasernen, die von Soldaten überfüllt sind. Es wurden, wenn man Alles zusammenrechnet, Milliarden zum Kasernenbau verbraucht und noch soviel für Festungen. Fast vier Millionen junge Männer werden fortwährend im Gebrauch der raffinirtesten Mordwerkzeuge des Krieges eingeübt, während mindestens fünfmal soviel als Reserve für den Krieg bereit gehalten werden. Ueber 150 000 Mann widmen sich, abgesehen schon von den englischen Werbemannschaften, dem Kriegshandwerk berufsmäßig als Offiziere und drei- bis viermal so viel Unteroffiziere stehen ihnen bei. Zu diesem gewaltigen Volk der Kaserne kommt jenes der Kriegsschiffe, das zwar minder zahlreich ist, aber den Völkern im Verhältniß viel theurer zu stehen kommt. Schwimmende Ungeheuer werden gebaut, Wunderwerke der mechanischen Kunst, die zu nichts nütze sind, als nur, um sich gegenseitig und um mit Gütern beladene Handelsschiffe zu zerstören. Die Völker bezahlen diese Kriegsspielzeuge Stück für Stück mit 16 bis 20 Millionen Mark. Fabriken und Eisenhütten mit zahlreicher Arbeiterschaft sind Tag und Nacht thätig, um Gewehre, Kanonen, Panzerschiffe, Sprengstoffe zu verfertigen. Das Krupp'sche Werk allein ist eine Industriestadt. Was ließe sich nicht Alles erreichen, wenn man diese geschickten, fleißigen Arbeitshände, diese großartigen maschinellen Vorrichtungen zur Erzeugung der Güter des Lebensbedarfs, von Maschinen, welche den Landbau erleichtern und dessen Erträge steigern, verwenden wollte! Statt dessen bauen sie Mordinstrumente für die 4 Millionen Soldaten des stehenden Heeres, die das Brod anderer Leute verzehren! Welche Summen von Scharfsinn, Fleiß und Wissenschaft werden aufgewendet, um eine neue Schießvorrichtung oder einen neuen Sprengstoff zu erfinden, die geeignet wären, in kürzerer Zeit größere Menschenmassen in einen blutigen Brei zu verwandeln! Wie wird eifrig studirt und geforscht, um eine bessere Methode des Massenmordes zu entdecken! Ist das die Kultur, die wir erreicht haben? Wissen wir am Ende des neunzehnten Jahrhunderts nichts besseres zu thun, als nach Mitteln zu sinnen, um uns gegenseitig zu vernichten? Was ist denn das für eine Ordnung der Dinge, die solche Zustände gebiert?

Besinnen wir uns doch auf uns selbst! Sind wir wirklich nur dazu da, um Steuern zu zahlen und Soldat zu spielen? Sollen wir die neuen Rüstungen und die neuen Steuern geduldig hinnehmen wie Regenwetter und Hagelschlag, die unvermeidlich sind?

Noch niemals in der Geschichte fand eine solche Verschwendung von menschlicher Arbeit und menschlichem Gut statt, wie in unserer Zeit. Niemals haben die Regierungen die Völker zu so kolossalen nutzlosen Arbeiten angehalten wie in unserer Zeit. Der Bau der ägyptischen Pyramiden war ein Kinderspiel im Vergleich zu den modernen Kriegsrüstungen. Zu welchem Zweck das Alles? Was giebt es zu vertheidigen? Was gilt es zu erringen?

Fragen wir die Militärs, die es ja am besten wissen müssen! In einem Buch, das für die deutsche Armee höchst autoritär ist und an seinem Vorderblatt die Widmung an den Chef des deutschen Generalstabs trägt, in dem unter der Redaktion des Generalleutnants v. Pelet-Narbonne herausgegebenen Sammelwerke: „Das Militärwesen in seiner Entwicklung“, finde ich folgende Auskunft auf die uns interessirende Frage:

„Zukunftskriege werden wohl meistens durch Gewinnsucht herrschender Kreise eines Staates, handelspolitische Differenzen oder Pläne, durch Konkurrenz bei der Erwerbung neuer Märkte für die heimische Industrie oder durch die Nothwendigkeit für einen Staat, seiner zu zahlreich gewordenen Bevölkerung mehr Wohnraum zu gewinnen, entstehen.“

Das sollen also die Gründe sein der enormen Kriegsrüstungen. Prüfen wir diese Gründe!

Die „Gewinnsucht herrschender Kreise“ — ja gewiß, das sehen wir ja jetzt an England! Sollen wir nun zu dem Zwecke rüsten und das Volk mit Steuern belasten, um eine beutegierige Kamarilla zu ihren Schandthaten aufzumuntern?! . . .

„Handelspolitische Differenzen oder Pläne.“ Das klingt anders und ist doch im Grunde genommen dasselbe: die Gewinnsucht der herrschenden Kapitalistenklasse. Es ist der ewige Zank und Hader der kapitalistischen Kliquen, die sich gegenseitig in der Ausbeutung der Völker stören. Es ist der Widerstreit zwischen dem Verlangen nach Schutzzöllen für das eigene Land, um die Konsumenten durch theuere Preise ausbeuten zu können, und dem Schrei nach Freihandel für das Ausland, um auf Kosten der eigenen Konsumenten die fremden Produzenten durch Schleuderpreise unterbieten zu können. Die Völker Europas wünschen nichts sehnlicher, als den handelspolitischen Frieden, die Beseitigung der Schutzzölle, unter dem Europa in seiner Gesammtheit jetzt nicht minder leidet, als im Ausgang des vorigen Jahrhunderts jedes einzelne Land unter den Binnenzöllen. Diese kapitalistische Handelspolitik ist es nur noch, welche die Nationen von einander trennt und sie daran hindert, in gemeinsamer Thätigkeit auf Grund einer aus der Natur der Verhältnisse sich ergebenden Arbeitstheilung das Werk der Kultur und des allgemeinen Wohlstandes zu fördern. Dient der Militarismus dieser kapitalistischen Handelspolitik, dann umsomehr Grund, ihn zu beseitigen.

Um gerecht zu sein, wollen wir hervorheben, daß handelspolitische Differenzen zwischen europäischen Industriestaaten kaum je zu einem Krieg führen werden. Dazu ist die Gemeinsamkeit der wirthschaftlichen Interessen denn doch bereits zu groß. Und so kam es bei den verschiedenen unblutigen Zollkriegen der letzten Zeit keinem Menschen in den Sinn, deshalb zum militärischen Krieg zu hetzen. Viel gefährlicher ist in der Beziehung der dritte Punkt der Begründung: „Konkurrenz bei der Erwerbung neuer Märkte.“

Neue Märkte! Wo? Bei den Mongolen, bei den Negern! Da drüben, über dem großen Ozean, wohnt ein armes Volk von Bauern. Es haust in elenden Hütten, ist in Lumpen gekleidet und ernährt sich von einer Handvoll Reis. Was soll dies Volk von Bettlern kaufen können? Aber darauf kommt es gar nicht an. Die europäische Industrie sucht blos nach einer Gelegenheit, ihren Ueberschuß an Kapital loszuwerden. In China sollen Eisenbahnen gebaut werden — das verschlingt viele Millionen, die sonst in Europa die Kassen der Banken drücken. Die Verzinsung garantirt der chinesische Staat, und fehlt es diesem an Geld, so holt er es sich aus den europäischen Banken. Das europäische Geld kommt unter die Kulis, die sich dafür Opium und Schnaps kaufen und die mit europäischem Gelde erbaute Eisenbahn benutzen werden, um haufenweise der Küste zuzuströmen, von wo aus man sie auf europäischen Dampfern wird nach Europa überführen, damit sie den heimischen Arbeitern Konkurrenz machen. Das sind die neuen Märkte, die man mit militärischer Gewalt erschließt und die den Grund abgeben besonders für die Marinerüstungen.

Schließlich der letzte Grund, der Menschenüberschuß, den man los werden muß! Ein Ueberschuß an Gütern und ein Ueberschuß an Menschen! Waarenmassen, die man mit Gewalt loszuwerden suchen muß, und überzählige Menschen, die für sich keinen Lebensunterhalt finden! Trotz der horrenden Kindersterblichkeit unter der proletarischen Bevölkerung, trotz der Krankheiten und des durch die Noth erzeugten Siechthums, die die Arbeiter frühzeitig zu Grabe führen, noch immer allzuviel Menschen! Erst beutet man die Arbeiter mit aller Kraft aus, und als infolgedessen enormes Elend auf der einen Seite entsteht, enormer Reichthum auf der anderen, so daß die Arbeiter darben, während die Unternehmer nicht wissen, wo sie ihr sich stetig mehrendes Kapital unterbringen sollen, dann legt man den Arbeitern Steuern auf, läßt sie die Lasten des Militarismus und Marinismus tragen, um das von ihnen im Schweiße ihres Angesichts erzeugte Kapital nach China zu verschleudern und sie selbst ihrer Heimath zu berauben!

Was braucht man „neue Märkte“ weit in der Ferne zu suchen — man bessere die Lage der europäischen Arbeiter, man befreie sie von den Kriegsrüstungen, und in Europa selbst eröffnet sich ein „neuer Markt“, der Alles übersteigt, was je in den Kolonien erreicht worden; man lasse Jedem zukommen, was er verdient, und mit der Ueberproduktion an Gütern verschwindet die Ueberproduktion an Menschen; und tritt die Sozialpolitik in den Vordergrund, so bekommt auch die Handelspolitik einen anderen Inhalt und ihre Aufgaben werden friedlich gelöst. Doch dieses Programm widerspricht der „Gewinnsucht der herrschenden Kreise“, dem Ausbeutungsinteresse des Kapitals.

Die Kriegsrüstungen des modernen Europa sind das Ergebniß der kapitalistischen Wirthschaft. Und ist der Militarismus dem Kapitalismus unentbehrlich geworden, so haben wir umsomehr den Militarismus zu bekämpfen, um den Kapitalismus zu beseitigen.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote.“)

Berlin, den 29. Januar 1900.

Der Reichstag beschäftigte sich heute mit der zweiten Lesung des Postetats. Zunächst stand zur Berathung der Etatstitel, durch den eine nicht unwichtige Neuerung, nämlich die Einführung des Scheckverkehrs bei der Reichspost, in's Leben gerufen werden soll. Herr v. Podbielski ist sehr stolz auf dieses sein „Kind“; im Reichstage aber wurde dasselbe von allen Seiten sehr kritisch betrachtet. Zwar prinzipieller Widerstand erhob sich nur bei den Agrariern, bei denen düstere Befürchtungen wegen Beförderung des Großkapitals und Schädigung der ländlichen Genossenschaften laut wurden: sonst zeigte man sich überall „auf der rechten und linken Seite, auf dem Berg und in der Mitten“ durchaus einverstanden mit dem Grundgedanken der Vorlage (soweit von einer solchen gesprochen werden kann), deren Einzelheiten um so unbarmherziger zerpflückt wurden. Unser Genosse Singer und der Konservative v. Staudy, der Reichsparteiler Gamp und der Volksparteiler Blell stimmten darin überein, daß die Institution, wenn sie nach den Absichten und Vorschlägen des Staatssekretärs in's Leben tritt, an einer großen bureaukratischen Schwerfälligkeit und einer übermäßigen Höhe der Gebühren leiden wird, die ihren Nutzen für das große Publikum auf den Nullpunkt herabdrücken werden. Besonders eindringlich war auch die Kritik des auf diesem Gebiete sehr bewanderten nationalliberalen Abgeordneten und Bankdirektors Büsing, während dagegen v. Staudy seinen Tadel mit einer tiefen Verbeugung vor dem „frischen“ Staatssekretär begleitete, in welchem ein Theil der Konservativen bekanntlich den kommenden „starken Mann“ sieht. Schließlich wurde die Vorlage bezw. der Etatstitel, wie Singer und Büsing es vorschlugen, an die Budgetkommission verwiesen. Die Rechte hätte Ueberweisung an eine besondere Kommission vorgezogen. — Kein besonderes Interesse bot die Erörterung des Kapitels „Einnahmen“, die nunmehr vorgenommen wurde. Um 5 Uhr wurde die Weiterberathung auf morgen, Dienstag, vertagt.

137. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Podbielski, Freiherr v. Thielmann.

Rösicke-Kaiserslautern (B. d. L.): Die Einrichtung des Postscheckverkehrs ist ein Schritt zu den Postsparkassen und muß zur Anziehung großer Mengen von Kapital aus dem Kleinverkehr führen. Sie wird den Genossenschaftskassen, die durch Gewährung von Credit segensreich im Interesse der Landwirthschaft wirken, die Spareinlagen entziehen. Ich bitte Sie, die Vorlage zur näheren Prüfung zunächst an eine Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Staatssekretär v. Podbielski: Eine Schädigung der Genossenschaften fürchte ich, der ich seit lange in der Genossenschaftsbewegung stehe, nicht. Mit den Genossenschaften hängt enge die Haftpflicht zusammen und davor schrickt mancher zurück. Außerdem giebt es in 500 Städten Deutschlands keine genossenschaftlichen Einrichtungen. — Ich bin bei der Vorlage von dem Gesichtspunkt ausgegangen, eine Veredelung des Geldverkehrs anzustreben; ich gebe gern zu, daß der Vorlage noch etwas Schematismus anhaftet, daher ist es gut, zunächst zu probiren und erst wenn genügend Erfahrungen gesammelt sind, die Sache gesetzlich festzulegen. Eine Verbesserung resp. Vereinfachung des Geldverkehrs in Deutschland ist jedenfalls dringend nothwendig und wenn Sie die Sache objektiv prüfen, werden Sie zugeben müssen, daß der Anstoß, der hier von der Postverwaltung gegeben wird, zur Lösung vieler schwieriger Fragen im Geldverkehr dienen wird.

Gamp (Rp.): Eine Schädigung des landwirthschaftlichen Genossenschaftswesens durch den Postscheckverkehr befürchte ich nicht. In den österreichischen Genossenschaften befinden sich unter 37 500 Kontoinhabern nur 430 landwirthschaftlichen Betrieben angehörende Personen. — Für den Kleinverkehr sehe ich von der Einrichtung des Scheckverkehrs keinen Nutzen. Dazu sind die Gebühren zu hoch. Bei kleinen Zahlungen wird daher doch meist die Postanweisung, die bis 100 Mk. nur 20 Pfg. kostet, vorgezogen werden. Ich bitte Sie, die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen und hoffe, daß dort über die einzelnen Punkte, die zu Bedenken Anlaß geben, Aufklärung geschaffen wird.

Staatssekretär v. Podbielski: Was die Gebühren anlangt, so halte ich es für richtig, sie zunächst hoch anzusetzen und dann später, wenn es sich herausstellt, was die Einrichtung der Postverwaltung kostet, eventuell herabzugehen. Ich hoffe, daß die Kommission die Anschläge der Postverwaltung als richtig anerkennen wird.

Singer (SD.): Die Reichspostverwaltung bildet sich nach und nach zum Mädchen für alles aus. Auch hier soll ihre Thätigkeit wieder erweitert werden. Durch die Einrichtung des Checkverkehrs soll der Betrieb der Postverwaltung erleichtert werden. Die Gebühren gleich sehr hoch festzusetzen, halte ich nicht für gut. Wenn die Einrichtungen vom großen Publikum, namentlich auch von den kleineren Leuten benutzt werden sollen, so muß man dem Publikum auch Gelegenheit geben, Vortheil daraus zu ziehen. Außerdem ist die Einrichtung noch zu bureaukratisch und für die kleineren Gewerbetreibenden zu komplizirt. Die Gebühren, 5 Pfg. für die Buchung bis zu 5 Mk., 10 Pfg. für die Buchung über 5 Mk. sind viel zu hoch. Die Banken nehmen gar kein Entgelt dafür und zahlen außerdem höhere Zinsen, wo bleibt da der Vortheil gegenüber den Bankinstituten, denen doch der Checkverkehr Konkurrenz machen soll? Zum Sparen wird die Einrichtung nicht benutzt werden, sondern nur, um Summen sicher zu haben, die man jeden Augenblick zur Verfügung haben muß. Die Bezirke scheinen mir zu groß und ich glaube, daß dies zu einer Verlangsamung des Betriebes zum Schaden des Publikums führen würde. Man hätte den Rahmen dieser Neueinrichtung nicht so eng fassen müssen, selbst auf die Gefahr hin, später zu Einschränkungen gezwungen zu sein. Soll das Publikum von der Einrichtung in dem Maße Gebrauch machen, wie es der Staatssekretär wünscht, so glaube ich, daß der Zinsfuß erhöht werden muß. Die Vorlage zunächst als Verordnung in Kraft treten zu lassen, halte ich für sehr angebracht. Schließlich bitte ich den Herrn Staatssekretär um eine bindende Erklärung, ob die Wünsche, die in der Kommission geäußert wurden, vom Reichskanzler bei Erlaß der Verordnung auch genügend berücksichtigt werden.

Staatssekretär von Podbielski: Der Herr Vorredner hat der Reichspostverwaltung vorgeworfen, sie sei in der Ausbildung begriffen zu einem Mädchen für Alles. Wir entledigen uns hier aber nur der Aufgabe, die uns von den Herren der Linken zugeschoben worden ist. Mit den Vertretern der verschiedenen Handelskammern habe ich die Vorlage durchberathen und da die Herren der Meinung waren, wir sollten mit der Verzinsung nicht zu hoch gehen, so haben wir 1,2 Prozent festgesetzt. Was die Frage eines einheitlichen Scheckamtes anlangt, so waren die Herren alle der Meinung, je mehr Scheckämter, um so schwieriger das Ausgleichsverfahren. Vom Handelsstand wurde natürlich für jede Stadt ein Scheckamt gewünscht. So weit konnten wir nicht gehen, waren aber bemüht, möglichst zu diszentralisiren. Ich bekenne, daß an der Vorlage noch vieles schematisch ist, aber das wird schon im Laufe der Zeit vereinfacht werden.

Büsing (NL.): Das Bestreben der Postverwaltung, die Wohlthat des Checkverkehrs den weitesten Kreisen zugängig zu machen, habe ich mit Freuden begrüßt. Ich möchte aber, daß die Postverwaltung die Sache von Anfang an recht gut macht. Und darauf habe ich nach dem vorliegenden Plane leider wenig Hoffnung. Bei uns in Mecklenburg kommt auf 40 Einwohner ein Check. Da ist aber auch das Verfahren höchst einfach: es werden keine Gebühren erhoben, und drittens wird noch eine kleine Verzinsung gegeben. Herr Singer hat mit Recht darauf hingewiesen, daß der Checkverkehr bei unserer Post so kompliziert wird, daß weite Kreise sich seiner Vortheile kaum werden erfreuen können. Ich frage: Warum kann ich denn nicht bei jedem Postamt auf mein Konto einzahlen? (Sehr richtig! links.) Dann erhebt die Reichspostverwaltung an allen Ecken und Kanten Gebühren. Was die Verzinsung anlangt, so sollte man doch auch halten, was man verspricht. Zahle ich aber Geld am 2. ein und lasse es mir am letzten zurückzahlen, bekomme ich keinen Pfennig Zinsen. (Große Heiterkeit.) Andererseits hätte die Reichsbank wirklich mehr als 1,2 Prozent bewilligen können. (Sehr richtig! links.) Und will sie es nicht, so werden große Banken bereit sein, das Geschäft zu machen und mehr als 1,2 Prozent zu zahlen. Ich stimme für Ueberweisung an die Budgetkommission. (Lebhaftes Bravo! links.)

Staatssekretär v. Podbielski erwidert, daß der Vertrag mit der Reichsbank von der Reichsfinanzverwaltung abgeschlossen ist, und daß alle Sparkassen gleichfalls die Verzinsung erst vom 1. oder 15. des Monats eintreten lassen.

Blell (FVp.) wünscht thunlichste Vereinfachung des Checkverkehrs und warnt, den Checkverkehr sich zur Postsparkasse ausbilden zu lassen.

Dasbach (Z): Die Festsetzung der Gebühren muß unter Mitwirkung des Reichstags erfolgen. Am besten wäre vielleicht die Einsetzung einer besonderen Kommission.

Rickert (FVp) bedauert, daß die Vortheile des Checkverkehrs dem kleinen Verkehr noch immer vorenthalten bleiben.

Staatssekretär v. Podbielski: In Oesterreich giebt es noch mehr Formulare im Postscheckverkehr und trotzdem hat er dort einen großen Aufschwung genommen. An die Einführung der Postsparkassen denken wir nicht.

v. Staudy (K): Mit dem Ziel der Vorlage sind wir einverstanden, schon weil wir stets für den Mittelstand eintreten. Nur ist uns die Einrichtung, wie sie jetzt gedacht ist, noch zu kompliziert. Ich bitte Sie, die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Damit schließt die Diskussion.

Der Etat wird der Budgetkommission überwiesen.

Es folgt die zweite Berathung des Etats der Reichspost- und Telegraphenverwaltung.

Bei den „Einnahmen" Tit. 3—4 „Gebühren für Bestellung von Postsendungen" erklärt

Staatssekretär v. Podbielski auf eine Anfrage des Abg. Dasbach (Z.), daß eine Neuregelung der Bestellgebühren für Zeitungen zum 1. Januar 1901, spätestens 1. April 1901 erfolgen solle.

Dr. Müller-Sagan (FVp) begrüßt diese Erklärung im Interesse des Zeitungsgewerbes und wünscht besonders Berücksichtigung des Gewichts der Zeitungen bei Bemessung der Gebühren.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel und der Rest der „Einnahmen" wird bewilligt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Berathung.)

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Spiel der bürgerlichen Opposition. Die „Frankfurter Zeitung" erklärte dieser Tage, die Sozialdemokratie werde wohl die einzige Partei sein, die sich zu der Flottenvorlage von vornherein ablehnend verhalten werde. Damit ist der Ring der bürgerlichen Parteien geschlossen. Von den Konservativen und bis auf die Volkspartei bilden sie eine einheitliche Masse gegenüber der Sozialdemokratie. Aber macht denn nicht die „Frankf. Zeitung", bezw. die Volkspartei Opposition gegen die Marinerüstungen? Gewiß, aber das gehört gerade zum Spiel. Es ist ein Spiel mit vertheilten Rollen. Man denke sich den Fall, daß die bürgerlichen Parteien ohne Weiteres alle den Forderungen der Regierung zustimmen würden. Das würde selbst die gutmüthigsten Steuerzahler stutzig machen und sich bei den nächsten Wahlen empfindlich rächen. So aber macht ein Theil der bürgerlichen Parteien Opposition, keine Opposition, die aufs Ganze geht, sondern eine Opposition, die nur an Einzelheiten haftet. Es wird an einzelnen Daten, an den einzelnen Sätzen der Begründung, an den Kostenrechnungen 2c. herumkritisirt, weniger der Sache selbst wegen, als um im Volke den Eindruck zu erwecken, daß man seine Interessen mit Eifer wahrnehme. Wenn man dann doch schließlich der Regierungsvorlage zustimmt, so glaubt das Volk, daß man sich nur schweren Herzens, nach harten Kämpfen dazu entschlossen habe. Ja, wenn man es geschickter anstellt, so kann man es sogar erreichen, daß das Volk, welches die oppositionellen Artikel liest, eher die Ueberzeugung gewinnt von der Nothwendigkeit der Ausgaben und sich sagt: „Wenn die Dinge nun einmal so stehen, dann macht doch keine Flausen und gebt die Millionen her." So wird durch die scheinbare Opposition Propaganda für die Regierung gemacht. Diese Opposition kann sich sogar entschließen, gegen die Vorlage zu stimmen, obwohl sie im Grunde ihres Herzens dafür ist. Nämlich, so lange die Opposition in der Minorität ist, stört ja ihre Abstimmung nicht, sie kann also, um an Volkspopularität zu gewinnen, schon etwas wagen. Darum hat man aber auch stets, wenn eine bürgerliche Oppositionspartei zur ausschlaggebenden Partei geworden war, die Erfahrung machen müssen, daß sie dann in ihren Abstimmungen sehr vorsichtig wurde, um nach und nach sich in eine Regierungspartei zu verwandeln. Das ist das Spiel der bürgerlichen Opposition, der es nur darauf ankommt, das Volk zu täuschen. Nur die Sozialdemokratie sagt stets zu den Projekten der Volksbelastung und Volksausbeutung von vornherein und grundsätzlich: „Nein!"

Das wahre Gesicht. Dem Unkundigen ist es überaus schwer, sich ein Bild von dem Umfang der Flottenpläne zu machen. Aus dem Wirrwarr der marinetechnischen und etatstechnischen Betrachtungen merkt der Laie wohl heraus, daß ganz Gewaltiges im Werke ist, aber es fehlt ihm das Wichtigste, die Möglichkeit des Vergleiches zwischen der Größe unserer Flotte vor dem Beginn der Flottenära von 1898 und der durch die Gesetze von 1898 und durch die jetzige Vorlage erstrebten Größe.

Am besten wird das durch eine Tabelle veranschaulicht, welche die „Volkszeitung" bringt und welche wir nachstehend wiedergeben:

	Linienschiffe	große Kreuzer	kleine Kreuzer
Der Bestand unserer Flotte betrug 1897	**12**	**10**	**23**
Das Flottengesetz von 1898 erforderte eine Erhöhung um	7	2	7
Der neue Entwurf erfordert eine weitere Erhöhung um	19	8	15
Demnach wird der Sollbestand sein	**38**	**20**	**45**
Die Vermehrung beträgt gegen 1897	26	10	22
Prozentual beträgt die Vermehrung gegen 1897	**216 %**	**100 %**	**95,5 %**

Das bedeutet:

Die **Schlachtflotte** wird gegen 1897 **mehr als verdreifacht,**
die **Großkreuzerflotte** „ „ „ **verdoppelt,**
die **Kleinkreuzerflotte** „ „ „ **nahezu verdoppelt.**

Im Jahre 1897 berechnete man den Preis
eines Linienschiffes auf . . 20 Millionen Mark
eines großen Kreuzers auf 15 „ „
eines kleinen Kreuzers auf 4,6 „ „

Legt man diese Sätze für die Werthberechnung der Flotte zu Grunde, so hatte die deutsche Flotte **1897** folgenden Werth:

12 Linienschiffe	240 Millionen Mark
10 große Kreuzer	150 „ „
23 kleine Kreuzer	105,8 „ „
Summa	**495,8** Millionen Mark.

Die Flotte in ihrem Sollbestand auf Grund der neuen Pläne wird folgenden Werth haben:

38 Linienschiffe	760 Millionen Mark
20 große Kreuzer	300 „ „
45 kleine Kreuzer	205,4 „ „
Summa	1265,4 Millionen Mark.

Dazu kommen die Preissteigerungen für technische Verbesserungen, Materialien und Arbeitslöhne in Höhe von 10 pCt. mit 126,54 Millionen Mark. Demgemäß beträgt der Werth der Panzer- und Kreuzerflotte nach dem neuesten Plane:

1 391 940 000 Mark,

das ist eine Werthsteigerung gegen 1897 **um 280,9 pCt.** Diese Steigerung um 280,9 pCt., also um das Dreifache des Werthes, zieht sich nun durch alle übrigen Theile unseres Marinewesens hindurch. Und das Alles wozu und warum?

Der Reichstags-Präsident über den Kaiser. Gelegentlich der Kaiserfeier im Reichstag hielt am Sonnabend Herr v. Ballestrem eine Rede, in der u. A. heißt:

„Meine Herren, Kaiser und Reichstag, die beiden Vertreter der Einheit in dem wunderbaren Staatsgebilde, (Deutschland) die gehören zusammen, und deshalb hat auch der Reichtag die gute Gewohnheit, daß aus allen Gauen des Vaterlandes Vertreter hier am Geburtstage des Kaisers zusammentreten, um seiner hier in Liebe und Ehrfurcht zu gedenken. Es ist gut, daß diese beiden zusammenhalten, und so lange sie zusammenhalten, wird es gut um Deutschland stehen. Damit dies aber möglich ist, müssen sich diese beiden Gewalten verstehen, sonst können leicht Mißverständnisse kommen, welche ein Zusammenhalten sehr erschweren. Deshalb muß jeder von diesen beiden Faktoren möglichst genau wissen, was der andre erstrebt. Meine Herren, beim Reichstag ist das ja nicht schwer; wir verhandeln öffentlich, und jedermann kann wissen, was der Reichtag erstrebt. Schwerer thunlich es bei dem andern Faktor, bei dem Kaiser sein."

Im weiteren Verlaufe der Rede erläuterte Herr Präsident v. Ballestrem, wie diese Schwierigkeiten gegenseitigen Verständnisses durch die Reden des Kaisers gehoben würden.

„Er benutzt irgend eine Gelegenheit, um sich darüber und über die Stellung, die er zu dieser Frage einnimmt, öffentlich auszusprechen, er richtet eine gewisse Standarte auf, die man von weitem sieht. Meine Herren, nach meiner Ansicht richtet er sie nicht zu dem Zweck auf, daß man sich still und stumm dabei vorbeidrücke, sondern er richtet sie auf, damit sie beachtet, erwogen und besprochen wird von allen denen, die es angeht, vor allem von den Vertretern des deutschen Volks. Der Kaiser hat seine Zeit verstanden, er hat gesagt: Ich lebe in der Zeit der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, und ich will auch kein sogenannter konstitutioneller Monarch sein, der da herrscht und nicht regiert. Ich glaube, das würde unserm herrlichen Kaiser nicht zusagen, wenn man ihm diese Rolle zutheilte. Deshalb ist er überall hervorgetreten und hat die große staatsrechtliche Stellung, die ihm sowohl von der Verfassung des Deutschen Reichs als auch noch mehr als König von Preußen und noch mehr vielleicht durch seine große Individualität zukommt, immer wahrgenommen."

Der Kaiser über das Flottengesetz von 1898. In einem Telegramm an den Bremenser Senatspräsidenten äußerte sich Wilhelm II. am 29. März 1898 über die Wirkung des soeben im Reichstage angenommenen Entwurfs:

„Wie das deutsche Heer uns den Frieden zu Lande gesichert hat, so wird die deutsche Flotte uns den Frieden zur See und damit die Entwicklung der Schifffahrt sichern."

Das war vor zwei Jahren. Und heute soll dieselbe Flotte gänzlich untauglich sein!

Ueber den gewaltsamen Tod des Leutnants Plehn in Kamerun theilt die „Nordd. Allg. Ztg." folgende Einzelheiten mit:

„Nach telegraphischer Meldung des Gouverneurs von Kamerun ist der Forstassessor und Leutnant vom Reitenden Feldjägerkorps Dr. Plehn, welcher die neue Regierungsstation am Ngoko (Südostecke des Schutzgebietes Kamerun) angelegt hat, am 24. November v. J. auf einer Expedition in dem Marktflecken Bertua gefallen. Leutnant Dr. Plehn wurde, nach dem Telegramm des Gouverneurs, durch einen Pfeil getroffen, dessen Spitze offenbar vergiftet war. Der Lazarethgehülfe Peter, welcher den Leutnant Dr. Plehn begleitete, führte die Expedition zurück und traf mit derselben am 25. Dezember v. J. wohlbehalten auf der Station am Ngoko wieder ein. Leutnant Dr. Plehn hatte in seinem letzten Berichte die Absicht ausgesprochen, nach Regelung der Verhältnisse in der Umgebung der von ihm neu gegründeten Station zur Erkundigung seines Bezirks eine Expedition nach Norden, nach dem Flußlaufe des Ngong zu unternehmen. Leider hat der außerordentlich tüchtige Offizier auf dieser Expedition seinen Tod gefunden. Dr. Plehn war seit Ende 1898 in Afrika."

Auch über den Tod des Kaufmannes Conrau sind jetzt mehrere Nachrichten eingezogen. Eine Mittheilung aus Kamerun vom 2. Januar besagt:

Noch ist der Trauerfall v. Queis in lebhaftester Erinnerung und schon kommt eine neue Hiobsbotschaft. Herr Conrau, den der Gouverneur entsendet, zunächst um Leutnant v. Queis Hilfe zu bringen, dann um die Verbindung nach der Station am Groß-Fluß herzustellen, ist auf dem Marsche dorthin von Bangwe gefangen, beim Versuch zu entkommen durch Speerstiche verwundet worden und erschoß sich dann mit seinem eigenen Revolver. Conrau, der viele Jahre in jener Gegend gereist war, wurde vor wenigen Tagen unter günstigen Bedingungen von der Gesellschaft Nordwest-Kamerun angestellt. Während die Bevölkerung, mit der Leutnant v. Queis zu thun hatte, durch Maßnahmen erregt worden war, welche die Verwaltung erfordert und die fast nie ohne Kampf abgehen, war bei Conrau der Grund der, daß von dem Stamme der Bangwe-Leute, die zur Pflanzungsarbeit zur Küste geschickt waren, ein Theil gestorben war. Der Häuptling wollte Herrn Conrau als vorläufige Geisel zurückbehalten. Conrau, der dem Gouverneur über seine Gefangennahme Nachricht hatte zukommen lassen, hatte ausdrücklich gebeten, Verstärkung nur bis zu einem bestimmten, näher bezeichneten Ort zu schicken, den er zu erreichen hoffte. Bei diesem Fluchtversuch ist das Unglück geschehen.

Kleine politische Nachrichten. Die Berathung der Flottenvorlage wird nach den nunmehrigen Dispositionen Donnerstag, den 8. Februar, auf die Tagesordnung des Reichstags gesetzt werden. — Aus Hildesheim wird berichtet, Abg. Frhr. von Hodenberg habe erklärt, die Welfen lehnten die Flottenvorlage ab. — Der belgische Kammerpräsident Beernaert hat Sonntag Abend Berlin wieder verlassen, ohne daß die von ihm geführten Verhandlungen ihren Abschluß gefunden haben. — Die Generalversammlung des „Bundes der Landwirthe" findet am 12. Februar im Zirkus Busch statt. — Gerüchte über Pläne Deutschlands, neue Konzessionen zu erlangen, tauchen an allen Ecken und Enden auf. Diesmal erfährt man von einem solchen Gerüchte zuerst durch ein Dementi. „Reuters Bureau" berichtet aus Bangkok: „Die Meldung, daß Siam im Begriffe sei, den Deutschen auf der Insel Langkawi, die der malayischen Halbinsel vorgelagert ist, Konzessionen einzuräumen, ist unbegründet. — Während die Rechengaukler der Flottenagitation mit steigenden Zolleinnahmen rechnen, sinken sie in Wirklichkeit. Vom 1. April 1899 bis 31. Dezember 1899 ergaben die Zölle beinahe 12 Millionen weniger als im gleichen Zeitraume des Vorjahres. Auch die andern Steuerpositionen haben einen Rückgang erlitten und nur der Steigerung der Zucker- und Salzsteuer sowie der Verbrauchsabgabe von Branntwein ist es zu danken, daß nicht auch die Gesammt-Einnahmen zurückgegangen sind, sondern ein kleines Mehr von 4 Millionen aufweisen. — Der Abgeordnete Dr. Lieber ist an einer Komplikation seines alten Magenleidens sehr schwer erkrankt und liegt im Berliner Hedwigs-Krankenhause. Seine Frau wurde telegraphisch nach Berlin berufen. (Nach den neuesten Nachrichten befindet sich Lieber bereits auf dem Wege der Besserung). — Die Heimreise angetreten haben die von den Engländern beschlagnahmt gewesenen Reichspostdampfer „Herzog" und „Bundesrath" mit der durch die englischen Behörden verursachten Verspätung. Der Reichspostdampfer „General" vollendet seine Weiterfahrt mit der durch die Zwangslage in Aden verursachten Verspätung von 10—12 Tagen. — Bei der Ersatzwahl in den Züricher Nationalrath erhielt der bürgerliche Kandidat Frey 15 204 Stimmen. Der Arbeitersekretär Greulich (Sozialdemokrat) 8312 Stimmen. Das absolute Mehr beträgt 11 835, ersterer ist somit gewählt — In acht Arbeiter-Versammlungen, die in Wien stattfanden, wurde Sonntag für die streikenden Kohlenarbeiter demonstrirt. Es wurden Resolutionen beschlossen mit der Erklärung, daß der Kampf der Kohlenarbeiter der größte, den das österreichische Proletariat je geführt, von der gesammten Arbeiterschaft mit Energie und Opferbereitschaft unterstützt werden wird. Auch die Sympathien der bürgerlichen Kreise sind im gegenwärtigen Falle ersichtlich auf Seiten der Streikenden. — In Spanien ist die Regierung neuen karlistischen Umtrieben auf die Spur gekommen. Bei einem Einwohner von Placencia in der Provinz Guipuzcoa wurden von der Gensdarmerie 100 000 Patronen, sowie eine große Menge Zündhütchen und Gewehre aufgefunden. Die Nachforschungen dauern fort. Bisher sind sechs durch dieselben bloßgestellte Karlistenführer ins Ausland gegangen.

Frankreich.

Die Senatswahlen, die am Sonntag stattfanden, haben das erwartete Resultat, die ziemlich unveränderte

Zusammensetzung des Hauses, ergeben. Im Ganzen waren 99 Wahlen vorzunehmen, diese 99 Sitze vertheilten sich bisher folgendermaßen: 70 Republikaner, 1 liberaler Republikaner, 17 Radikale, 6 sozialistische Radikale, 5 Konservative. Das Endergebniß der Wahlen aber ist folgendes: 46 Republikaner wieder-, 15 neugewählt; 1 liberaler Republikaner wieder-, 5 neugewählt; 8 Radikale wieder-, 10 neugewählt; 5 sozialistische Radikale wieder-, 2 sozialistische Republikaner neugewählt; 3 Nationalisten gewählt, 4 Konservative wiedergewählt. — Unter den unterlegenen Kandidaten befinden sich mehrere frühere Offiziere.

Das bemerkenswertheste Moment ist die Wahl Merciers. Er befindet sich unter den drei Kandidaten, welche die Nationalisten durchgebracht haben, und nicht minder interessant macht sich der glänzende Durchfall Cavaignacs, der den braven Quesnay de Beaurepaire bei Seite geschoben hatte, um an dessen Stelle zu kandidiren. Auch dieser Trick ist wirkungslos geblieben. Die Nationalisten haben also recht jämmerlich abgeschnitten und General Mercier wird im Senat der Führer einer einflußlosen Gruppe sein.

Transvaal.

Die vernichtende Niederlage Bullers am Tugela, denn um eine solche und nicht blos um die seines Unterführers Warren handelt es sich, läßt sich nicht länger vertuschen. Zuverlässige Berichte beziffern den britischen Verlust jetzt auf mindestens 3000 Mann an Todten, Verwundeten und Gefangenen, sowie auf die Einbuße des ganzen, über den Tugela geschafften Artillerieparkes. Die von der englischen Zensur durchgelassenen Berichte selbst aber geben zu, daß Buller auf die Südseite des Tugela zurückgeworfen wurde. Zunächst berichtigt sich das Kriegsamt dahin, daß, entgegen seiner eigenen früheren Meldung, es doch die Brigade Lyttleton war, welche innerhalb zwei Stunden unter dem heftigsten Feuer den Spionskop erstürmt hat. Endlich aber bringt das Kriegsamt eine Depesche Bullers vom 27. Januar, also lautend:

Am 20. Januar trieb Warren den Feind zurück und besetzte den südlichen Kamm des Tafellandes, das sich von Acton Homes nach den westlich von Ladysmith liegenden Hügeln ausdehnt. Er blieb in enger Fühlung mit dem Feinde, der auf einem Zuge kleiner Kopjes eine starke Stellung einnahm. Diese Stellung Warrens war durchaus zu halten, aber sie eignete sich nicht zum weiteren Vormarsch, da die südlichen Abhänge so steil sind; ferner konnte Warren für seine Artillerie keine wirksame Stellung gewinnen, und es fehlte an Wasser. Nur schwer entschloß ich mich, am 23. ds. Mts. meine Zustimmung dazu zu geben, daß ein Angriff auf den Spionkop gemacht würde, der offenbar der Schlüssel der Burenstellung ist, der aber vom Norden her zugänglicher ist als vom Süden. Warren bemächtigte sich Dienstag Nacht des Spionkops, fand es aber schwierig, sich zu halten, da der Umkreis des Spionkops zu groß ist und es an Wasser fehlt. Die Gipfel des Höhenzuges wurden dann den ganzen Tag über gehalten gegenüber einem heftigen Granatenfeuer des Feindes. Unsere Mannschaften fochten mit großer Tapferkeit. General Woodgate, der die Truppen auf dem Spionkop befehligte, wurde verwundet; der nach ihm den Befehl übernehmende Offizier beschloß in der Nacht zum 25. d. M., die Stellung aufzugeben, und zog die Truppen vor Tagesanbruch zurück. Ich erreichte das Lager Warrens am Morgen des 25. früh 5 Uhr und kam zu der Ansicht, daß ein zweiter Angriff nutzlos wäre, denn der rechte Flügel der Buren war zu stark, um von uns forcirt zu werden. Ich beschloß demnach, die Truppen südlich des Tugela zurückzuziehen. Die Streitkräfte Warrens waren am 27. d. M. 8 Uhr Morgens südlich des Tugela ohne Verlust auch nur eines Mannes oder eines Pfundes unserer Vorräthe zusammengezogen. Die Thatsache, daß die Truppen so zurückgezogen werden konnten, und die vortreffliche Art, wie sich unsere Truppen schlugen, ist ein genügender Beweis von ihrer guten Haltung, und daß wir ferner mit unserem schwerfälligen Train unbelästigt über den Fluß gehen konnten, beweist, daß dem Feinde vor der Kriegstüchtigkeit unserer Soldaten Respekt beigebracht ist.

Dieser Respekt hat aber die bösen Buren absolut nicht abgehalten, die Engländer über den Tugela zurückzujagen. Auch sind wieder englische Detachements abgeschnitten worden, was mit der Phrase, man habe keinen Mann und kein Pfund Proviant verloren, schlecht stimmt. Die Londoner Blätter veröffentlichen ein Telegramm aus Colenso vom 24. Januar:

Das Kommando von Lukas Meyer überfiel und umzingelte eine große Truppenabtheilung der unter Methuen stehenden Infanterie, welche hierbei 20 Mann an Todten und Verwundeten, 15 Mann an Gefangenen verlor.

Nach Berichten der Buren über die Einnahme des Spionskop durch die Engländer wurden die Buren überrascht. Die Verbündeten wurden verstärkt und besetzten zwei nahe Hügel. Die Engländer machten, von Geschützfeuer unterstützt, einen Bajonnetangriff und besetzten einen Ausläufer des Bergrückens; aber sie wurden dann niedergemäht. Inzwischen stürmten die Buren das Hauptkopje, wo die Engländer sich verschanzt hatten. Hundertfünfzig Engländer in der vordersten Verschanzung ergaben sich, in den anderen Verschanzungen leisteten die Engländer heftigen Widerstand, wurden aber zuletzt doch vertrieben. Sehr viele Lyddit-Geschosse krepirten nicht. Die Engländer ließen 1500 Todte auf dem Schlachtfelde zurück. Der Bericht fügt noch hinzu: Auch wir hatten bedeutende Verluste.

In London erklingt der monotone Schrei: Mehr Soldaten. Als ob es die Masse noch bringen könnte! Es sind daher Befehle ergangen, durch welche zwei weitere Milizbataillone und eine Abtheilung Milizartillerie einberufen werden. Die „Times" freilich fangen an zu zagen. Sie meinen, General Roberts müsse sich entscheiden, ob es möglich und klug sei, weitere Versuche zur Befreiung Ladysmiths zu unternehmen. Es sei sehr wahrscheinlich, daß man früher oder später von einer beispielslosen Katastrophe erfahren werde, vergleichbar nur der Katastrophe der Uebergabe von Yorktown an die Amerikaner.

Ein Bericht der „Daily News" über den Kampf am Spionskop besagt: Der Burenangriff wurde so heiß, daß Verstärkungen von Lyttleton's Brigade, zwei Bataillone, aus Pottgieter herangezogen werden mußten. Eine „Dalziel"-Meldung aus Colenso besagt noch: Britische Infanterie schritt viermal zum Angriff, aber stets vergebens. Sie wurden thatsächlich durch die Buren niedergemacht.

Von Londoner Blätterstimmen sind noch folgende zu verzeichnen: „Daily News" meinen, die einzige Aussicht auf den Entsatz von Ladysmith liege in einem erfolgreichen Vorstoß auf Bloemfontein. Bullers Armee sei nicht stark genug gewesen, Ladysmith zu erreichen, aber sie dürfte stärker sein als nothwendig, um die Buren zu verhindern, Pietermaritzburg zu erreichen. — „Daily Chronicle", „Daily Telegraph" und andere Blätter sind dafür, Ladysmith, das nach einer Meldung des Kriegsamtes sich immer noch hält, seinem Schicksale zu überlassen und unverzüglich den Feldzugsplan, der in dem Vorstoß gegen die Freistaatler bestand, wieder aufzunehmen. Mit Spannung erwartet man die nächsten Schritte der Lords Roberts und Kitchener. In der Presse fehlt es nicht an Ermahnungen an die Nation, sich durch das neue Mißgeschick nicht entmuthigen zu lassen, sondern die Anstrengungen zu verdoppeln, denn die Herrschaft Englands in Südafrika müsse um jeden Preis wiederhergestellt werden.

Die erste Verlustliste, welche Buller mittheilt, weist folgende Zahlen auf: In dem Kampf auf dem Spionkop am 24. Januar wurden von Offizieren der fünften Division und der Kavalleriebrigade 22 getödtet und 20 verwundet, 6 werden vermißt. Unter den Verwundeten befinden sich General Woodgate, ein Oberst und zwei Majore. Das dicke Ende wird schon noch kommen.

Selbstverständlich ist die abermalige Niederlage Bullers nicht ohne Eindruck in London geblieben. Das Ministerium Salisbury wackelt. Man spricht bereits davon, die Königin werde nach Eröffnung des Parlaments, was am heutigen Dienstag geschieht, Lord Rosebery mit der Bildung des Kabinets und der Einleitung von Friedensverhandlungen beauftragen. Wenn es sich auch nur um Gerüchte handelt, ist es doch bemerkenswerth, daß sie kolportirt und geglaubt werden.

Die Nachricht, daß Burentruppen die Grenze der portugiesischen Kolonie Mozambique überschritten hätten, ist nach amtlichen Lissaboner Erklärungen vollständig erfunden.

Auf dem südlichen Kriegsschauplatz ist es nach einer „Times"-Meldung am Donnerstag bei Stingerstein zu einem Gefecht zwischen den Buren und General Clemens gekommen, der eine „Demonstration" unternahm. Diese Demonstration ist ihm indes schlecht bekommen. Durch den ersten, von einem großen Burengeschütz abgefeuerten Schuß wurde bereits die Ordonnanz des Generals getödtet. Die britische Infanterie zog sich dann zurück, sie wurde von 200 Buren, die im Galopp herangeritten kamen, verfolgt, aber 3 Kompagnien vom Worcester-Regiment, die versteckt lagen, eröffneten das Feuer auf die Buren und zwangen sie angeblich zu einem eiligen Rückzug. Die Verluste der Briten sollen nur 1 Todten und 2 Verwundete betragen haben. Auch General French griff die Buren in der Nähe von Plessis Port, 7 Meilen nördlich von Colesberg an; er kehrte aber ins Lager zurück ohne den Angriff fortzusetzen, da er fand, daß der Feind starken Zuwachs erhalten hatte. Die Engländer wollen nur einige Verwundete haben.

Aus Pretoria wird gemeldet: Ein Telegramm aus dem Burenlager berichtet, daß Dr. Jameson durch einen Schuß ins Bein verwundet worden ist. Sollte man vielleicht ihn nur absichtlich am Bein verwundet haben, um so seine Flucht zu verhindern? Das ist den Buren, die mit dem Freibeuter Jameson noch ein Hühnchen zu pflücken haben, schon zuzutrauen.

Zu Gunsten der Buren wurden in St Louis und Minneapolis (Ver. Staaten) Versammlungen abgehalten. Unter großer Begeisterung wurden Beschlüsse angenommen, in denen die Sympathie für die Buren zum Ausdruck gebracht, Präsident McKinley dringend aufgefordert wird, zu vermitteln, und die Anwendung von Dum-Dum- und Lyddittgeschossen verurtheilt wird.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 30 Januar 1900.

Eine öffentliche Schuhmacher-Versammlung findet heute Abend im Lokale des Herrn Leeke, Lederstraße 3, statt. Verhandelt wird über „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Lübecker Schuhmachergewerbe." Die Wichtigkeit der Tagesordnung wird hoffentlich alle Betheiligten zum Erscheinen veranlassen.

Eine öffentliche Versammlung aller Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen findet morgen, Mittwoch Abend, im Lokale „Neue Lobmühle" (Ferd. Wohlert) statt. Genosse Kaich wird referiren über das Thema: „Welchen Antheil hat der Arbeiter an den Ergebnissen des augenblicklichen Geschäftsganges und weshalb muß er sich der Organisation anschließen?" Auf zahlreichen Besuch wird gerechnet.

Das kunstsinnige Lübeck. Der Lübecker Briefschreiber der „Kieler Ztg." erzählt:

Der Direktor des staatlich subventionirten Stadttheaters hatte, wie ich Ihnen vor acht Tagen schrieb, um Erlaß der famosen Lustbarkeitssteuer petitionirt; allein der Senat hat ihn überraschend schnell abschlägig beschieden, und eine Eingabe an die Bürgerschaft dürfte denselben Mißerfolg haben. Es bleibt also in ganz Deutschland der freien und Hansestadt Lübeck vorbehalten, ihr Stadttheater zu den Tanzmusiken, Tingeltangels 2c. gezählt zu wissen, welche ihre Veranstaltungen von Fall zu Fall polizeilich anmelden müssen, und die mit einer Lustbarkeitssteuer belegt werden. Daß diese Bewerthung der Kunst kein neues Reizmittel für Direktoren ist, sich um die Leitung unseres Musentempels zu bewerben, liegt auf der Hand, und daher ist die Direktor-Frage bis jetzt auch noch nicht gelöst. Für den kommenden Mann, er sei, wer er wolle — wird die Sache außerdem noch dadurch wesentlich ungünstiger, als man ihm das Orchester, für welches er 16500 Mk. für die Spielzeit zu zahlen hat, an allen Sonntagen nehmen will, damit es volksthümliche Konzerte gebe. (!) Dadurch würde dem Stadttheater, wie wir das im vorigen Winter gesehen haben, wieder eine ganz gewaltige Konkurrenz erwachsen, die auch den befähigtsten und bestsituirten Direktor ruiniren muß.

Im Alterthum hatte eine Stadt namens Abdera ein gewisses Renommée, das ihr bis auf den heutigen Tag nicht mit Erfolg streitig gemacht wurde. Es scheint jedoch, als ob die Sache sich jetzt macht.

Berichtigung. Wir erhalten folgende Zuschrift aus Anlaß der Berichtigung des Herrn Junge in Nr. 22 dieses Blattes:

„Betreffend der von Herrn Junge angeführten Entlassungsgründe erkläre ich zum zweiten Punkt: Als Abends der Kollege Heinz die Gasflamme anzündete, sah ich, daß etwas an die Erde fiel, und nicht zwischen die mit Teig gefüllten Backschüsseln, denn diese waren leer, da ich das Brod eben eingeschoben hatte; übrigens werden die Backschüsseln vor jedem Gebrauch umgestürzt, so daß nichts zwischen das Brod kommt. Da nun Heinz noch immer suchte und ich fest überzeugt war, daß das Streichholz an der Erde lag, sagte ich scherzweise zu ihm: Was suchst du noch, es liegt ja an der Erde, wenn es etwas weniger wird, brauchst du nicht so viel Teig zu machen; daß dies nicht mein Ernst gewesen ist, wird Kollege Heinz wahrscheinlich überzeugt sein, da er vier Jahre mit mir zusammen gearbeitet hat, überhaupt sämmtliche Kollegen, welche mit mir in den größeren Brodfabriken am Ort gearbeitet haben, werden mich im Ernste einer solchen Schweinerei nicht für fähig halten. Wenn Herr Junge behauptet, er treibe keine Schinderei u. s. w., so erkläre ich, daß Keiner, als ich in Arbeit kam, zufrieden war. Die Nachtschicht hatte keine zehn Minuten Zeit zum Essen. Als Neumann eines Nachts nach dem Kloset ging und nicht schnell genug wiederkam, sagte der Backmeister Köster zu ihm, wenn er noch einmal nach dem Kloset ginge, solle er rechts und links welche an die Ohren haben. Auch schlug dieser Neumann aus Wuth die Backschüsseln kaput und schimpfte: „Saubude", „Schuftbude"; ging Herr Junge durch die Bäckerei, so sagte er: „Was will der Knecht hier?!" Klinggraf schimpfte, daß sie Sonntags Nachmittags um 4 Uhr anfangen mußten und bis Montag früh 6 Uhr arbeiten müßten. Sämmtliche Teige müssen mit den Händen gemacht werden. Haben sie nun recht geschwitzt, so müssen sie heraus und die Brodkörbe aufladen, kommen sie dann herein, so schütteln sie sich vor Frost. Da soll ich nun die Gesellen aufgereizt haben; ich habe ihnen nur gesagt, das Schimpfen nütze nichts, wenn sie etwas wollten, dann sollten sie vorstellig werden. Dies wollten die Gesellen auch, und eine Mark-Lohn fordern, und wollten keine Körbe mehr aufladen. Eine diesbezügliche an einem Sonntag geplante Zusammenkunft scheiterte, und ich wurde Donnerstag entlassen. Als ich den Kollegen Köster traf und ihn fragte, warum ich so plötzlich entlassen sei, gab er mir zur Antwort, ich habe mit den Gesellen unter einer Decke gesteckt, so etwas hätte ich sagen müssen. Montag nach der Zusammenkunft im Wintergarten mußte Heinz und Neumann in's Komptoir kommen und über mich Aussage machen, woraufhin mich Herr Junge wegen Beleidigung verklagt hat. Köster hat den Kollegen Neumann immer über mich ausgefragt, so daß derselbe, wie er mir erklärt hat, gar nicht wußte, was er ihm antworten sollte. Unbegreiflich ist es mir, wie die Kollegen Utesch und Fretwurst ihre Unterschrift gegeben haben, da dieselben zu meiner Zeit noch nicht dort arbeiteten.

Friedrich Wegener.

Wir haben jetzt beiden Parteien das Wort gegeben, und sie haben davon unbeschränkten Gebrauch machen dürfen. Wir glauben, daß sie sowohl, wie unsere Leser, uns beipflichten werden, wenn wir erklären, daß nach Lage der Dinge weitere Erörterungen an dieser Stelle zwecklos sind. Zwar bietet ja der Berichtigungsparagraph Handhabe genug, uns zu weiteren Veröffentlichungen zu veranlassen, wir glauben aber, daß unsere bisher beiden Parteien bewiesene Coulanz entsprechend beantwortet und die endgültige Erledigung der Frage an anderer Stelle erfolgen wird.

Schiffsverkehr im Hafen. In der vorigen Woche liefen ein 19 Dampfer, ausgelaufen sind 13 Dampfer.

k. **Einen Volksunterhaltungs-Abend** veranstaltet die Friedensgesellschaft am kommenden Sonntag, den 4 Februar, im großen Saale der „Himmelsleiter", Hüxstraße 17. Es wird u. a. ein Vortrag gehalten werden über das interessante Thema „Die Buren und der Krieg in Süd-Afrika". Ernste und heitere Deklamationen werden wechseln mit Musikvorträgen. Auch sonst ist für reiche Abwechselung im Programm Sorge getragen. Lokalöffnung um 6 Uhr, Anfang 7 Uhr.

pb. **Eine unbekannte männliche Leiche** wurde am Sonntag am Treidelstieg bei der Fabrik von W. Sparkuhl u. Co. aus dem Wasser gezogen. — Wie wir erfahren, ist der Todte identisch mit dem Schlosser Gust. Steinfeld aus Rensefeld. Derselbe arbeitete auf der Koch'schen Werft; er wurde seit Donnerstag vermißt.

pb. **In Haft** geriethen ein von der Staatsanwaltschaft Schwerin wegen schweren Diebstahls steckbrieflich verfolgter Knecht, ein vom Amtsgericht Hannover wegen diverser Ausschreitungen gesuchter Maler aus Dassow, ein Klempner und ein Arbeiter, welche sich des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben, ein Arbeiter, welcher in einer Wirthschaft in der Stavenstraße muthwillig drei Scheiben einschlug, und sieben Trunkene.

● **Eutin.** Lohnbewegung. Die Maurer und Zimmerer beschlossen in einer am Sonntag, den 28. d. Mts., abgehaltenen gemeinschaftlichen Versammlung, eine Erhöhung des Stundenlohnes von 38 auf 40 Pfg. zu fordern. Sie beabsichtigen, dieserhalb mit den Meistern in Unterhandlung zu treten.

Hamburg. Ein Kämpfer aus der sozialistengesetzlichen Zeit gestorben. Am Sonntag, 28. Januar, starb hier Genosse Gustav Knuth im Alter von 42 Jahren. Knuth war einer aus jener kleinen Zahl von Genossen, welche sofort nach Verhängung des Belagerungszustandes über Hamburg-Altona, bemüht waren, die Partei zu sammeln und eine dem Kriegszustand angepaßte Organisation zu schaffen. Als im Ausland der „Sozialdemokrat" als Kampforgan der Partei erschien, stellte Gustav Knuth sich sofort in den gefährlichen Dienst der Verbreitung dieses verpönten Blattes. Dieser Thätigkeit wurde ein Ende gemacht durch die Verhaftung Knuths, welcher am 4. August 1886 nebst anderen Genossen in der Richter'schen Wirthschaft in der Thalstraße in St. Pauli festgenommen wurde. In dem daraus folgenden Prozeß „Saß und Genossen" wurde Knuth nach viermonatlicher Untersuchungshaft zu einem Jahre Gefängniß wegen Vergehens gegen das Sozialistengesetz und gegen §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuchs (Geheimbund) verurtheilt. Noch im Gefängnisse zu Glückstadt wurde ihm und sieben Genossen drei Wochen vor Ablauf der Strafzeit die Ausweisung aus dem nördlichen Belagerungsgebiet mitgetheilt. Knuth, von Beruf Cigarrenmacher, arbeitete nun in verschiedenen holsteinischen Städten, bis er 1897 von einem Schlaganfall betroffen und theilweise gelähmt wurde. Mehrmals wiederholte sich der Schlag, bis Gustav Knuth am Sonntag einem letzten Anfall erlag. Seit Beginn seiner Krankheit hat der unglückliche Genosse bei seinem (ehemals ebenfalls ausgewiesenen) Bruder Heinrich Knuth Aufnahme und Pflege gefunden. In der Wohnung des Bruders ist er denn auch gestorben.

Hamburg. Ein Fährdampfer in Grund gerannt. Gestern Abend 6 Uhr 10 Minuten fuhr der Fährdampfer „Altona" mit Passagieren besetzt vom Amerikahöft ab, um sie am Großen Grasbrook an den Passagierhallen zu landen. Von dem oberen Ende aus dem Baakenhafen kam der Schleppdampfer „Expedient" der Hamburg Amerika-Linie, ebenfalls mit Schauerleuten besetzt, um sie nach St. Pauli zu fahren. In Folge falscher oder falsch verstandener Signale geriethen die beiden Dampfer zusammen, und zwar rannte der „Expedient" den „Altona" an der Steuerbordseite mittschiffs beim Maschinenraume derartig an, daß er bis zum Kessel

in das Schiff hinein gerieth. Auf dem Fährdampfer entstand jetzt unter den Passagieren eine Panik und ein Geschrei, daß es weithin gehört wurde. Die Arbeiter stürzten einer über den anderen weg, um auf den „Expedient" zu gelangen, wobei viele in's Wasser fielen, einige jedoch hinüber kamen. Es eilten jetzt von allen Seiten Schleppdampfer, Barkassen, Jollen und andere Fahrzeuge herbei, um zu retten, so daß von den auf dem Hintertheil des Fährdampfers befindlichen Leuten wohl die meisten geborgen wurden. Nach einem Zeitraum von 3—4 Minuten senkte sich das Vordertheil des Fährdampfers und verschwand mit einer Anzahl Leute, die sich hier befanden, in die Tiefe. Wie viele von diesen Leuten wieder hochgekommen und gerettet sind, weiß man bisher noch nicht. Gleichfalls ist noch nicht festgestellt, ob durch den Steven des „Expedient" Leute auf dem Fährdampfer erdrückt sind. Vor heute Mittag dürfte kaum annähernd festzustellen sein, wie viel Beklage an Menschenleben zu beklagen ist. Von einer Seite schätzt man die Vermißten auf 12—15, von anderer Seite auf noch mehr. Nach Aufnahme des Thatbestandes durch die Hafenpolizei glaubt man, daß nur wenige oder gar keiner um's Leben gekommen ist. Nachdem die Schleppdampfer die Strecke abgesucht hatten, fand die Besatzung der Schleppdampfer „Prompt", „Martha" und „Elder, Dempster u. Co." je 2 Mann im Wasser in der Nähe des Strandhafens treibend vor und rettete die Leute. Drei dieser sechs Geretteten mußten nach dem Kurhause gebracht werden, da sie Verletzungen erlitten haben. Der Steuermann Müller des Fährdampfers „Altona" sagt aus, er sei mit seinem Dampfer eine gute Schiffslänge von dem Ponton am Grosbrook entfernt gewesen, als der „Expedient" aus dem Baakenhafen gekommen und ihm plötzlich durch Signal Backbordruder Steuerbordseite vorbei passirt gewesen sei. Er habe das gegebene Manöver nicht ausführen können und so habe der „Expedient" ihn angerannt. Der Steuermann W. Scharnberg des letztgenannten Dampfers sagt so ungefähr das Gegentheil. Durch die Untersuchung muß der wahre Sachverhalt erst festgestellt werden. Die Besatzung des Fährdampfers ist gerettet.

Sterthaus-Bericht.

Hamburg, 29. Januar

Die Zufuhr war klein und wurde leicht geräumt.

Zugeführt wurden — Stück Preise: Versandschweine, schwere 46—48 Mk., leichte 46—47½ Mk., Sauen 40—43 Mk. und Ferkel 43—46 Mk. pr. 100 Pfd.

Deutscher

Metallarbeiterverband

(Zahlstelle Lübeck.)

Den Kollegen machen wir die traurige Mittheilung, daß unser treues Mitglied

Gustav Steinfeld

am Donnerstag plötzlich gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Mitglieder-Versammlung

der

Central-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer

am Mittwoch den 31. Januar

Abends 8 Uhr

bei Spahrmann, Hundestrasse 101.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Kartoffeln.

Gelbe zu 5.50, 6 und 7 Mk., pr. magnum bonum 5 Mk., bei 200 Pfund frei Haus.

Karl Voss, Alfstraße 18.

Schuhwaaren

enorm billig.

Große Posten bei der Inventur zurückgesetzter reeller Schuhwaaren empfehle zu und unter Selbstkosten-Preis.

Herren-Zugstiefel	Mk.	4.50
Herren-Zugschuhe	„	3.50
Herren-Schnürschuhe	„	3.50
Damen-Zugstiefel	„	3.50
Damen-Schuhe	„	1.50
Mädchen-Schuhe	„	2.50
Kinder-Knopfstiefel 31—35	„	3.50
Kinder-Schnürschuhe	„	1.50

u. s. w. u. s. w.

J. Möllendorff

Holstenstr 9 Holstenstr. 9.

Lübecker

Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

Ordentliche General-Versammlung

am Mittwoch den 31. Januar 1900

Abends 8½ Uhr

im Concerthaus Flora.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1899.
2. Berichterstattung des Aufsichtsrathes über die vorgenommenen Revisionen und Entlastung des Vorstandes.
3. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinns vom Jahre 1899.
4. Neuwahl des Vorstandes und zweier Aufsichtsrathsmitglieder.
5. Erhöhung des Rabattes von 12 % auf 15 % an die Niederlagen für verkaufte Backwaaren.

An der General-Versammlung dürfen nur Mitglieder theilnehmen, die sich durch Antheilscheine zu legitimiren haben, welche auf ihren Namen lauten.

Der Vorstand.

NB. Vom 23. Januar bis 31. Januar d. Js. ist die Bilanz und Jahresrechnung für das Jahr 1899 zur Einsicht der Genossen im Geschäftslokale der Genossenschafts-Bäckerei, Töpferweg 65, ausgelegt.

Im Erscheinen begriffen ist:

„Das Arbeiterrecht"

von **Arthur Stadthagen**, Mitglied des Deutschen Reichstags.

Dem Werke direct angeschlossen ist der

Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch.

Mit vielen Beispielen und Formularen für Klagen, Anträge und Beschwerden u. s. w.

Die Gesetze der letzten Jahre, insbesondere das **Bürgerliche Gesetzbuch**, die Gewerbeordnungsnovellen, das Handwerkergesetz, das Gesetz über den unlautern Wettbewerb, das neue Gesetz über Invalidenversicherung, rufen für die Zeit vom 1. Januar ab eine erhebliche Umgestaltung der rechtlichen Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeit hervor. Eine systematische Darstellung der vom 1. Januar ab gültigen Rechtsregeln ist daher dringend erforderlich. War schon nach bisherigem Rechte eine solche Darstellung für die erwerbsthätige Bevölkerung eine Nothwendigkeit, für welche das völlige Vergriffensein der beiden Auflagen des „Arbeiterrechtes" von Stadthagen ein beredtes Zeugniß ablegte, so wird solches Bedürfniß jetzt um so stärker hervortreten, als selbst der Jurist bei der Fülle des neuen Rechtsstoffes kaum weiß, was Rechtens ist.

Das **„Arbeiterrecht"** enthält Alles, was für den Arbeiter nothwendig ist zu wissen.

Das **„Arbeiterrecht"** macht Textausgaben der Gesetze erst verständlich.

Das Werk wird in 22 Lieferungen von je 32 Seiten a 20 Pfennig erscheinen. Bestellungen nimmt unsere Buchhandlung und deren Colporteure entgegen. Alle acht Tage erscheint ein Heft.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Öffentliche Versammlung

aller Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen

am Mittwoch den 31. Januar 1900

Abends 8 Uhr

im Lokale „Neue Lohmühle" (Ferd. Wohlert).

Tages-Ordnung:

1. **Welchen Antheil hat der Arbeiter an den Ergebnissen des augenblicklichen Geschäftsganges und warum muß er sich der Organisation anschließen?** Referent: Redacteur August Kasch.
2. **Verschiedenes.**

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Einberufer.

Central-Hallen.

Sonntag den 4. Februar:

1. großer öffentlicher

Masken-Ball

verbunden mit Kappenfest für Zuschauer.

Den Zuschauern ist die Theilnahme am Tanzen gratis, jedoch nur mit einer humoristischen Kappe gestattet. — Elegante **Kappen**, sowie **Maskengarderoben** sind im Ballokal zu haben.

Demaskirung nach Belieben.

Einlaßkarten im Voraus sind am **Sonntag den 28. Januar** an der Kasse sowie an sämmtlichen Wochentagen in den „**Central-Hallen**" zu haben: Herren 80 Pfg., Damen 50 Pfg. Kassenpreis: Herren 1 Mk., Damen 60 Pfg.

Im vollständigen Maskenkostüm zahlen Herren 30 Pfg., Damen 20 Pfg.

Lokalöffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Maskenzug 7 Uhr. Ende 4 Uhr.

Restauration nach der Karte.

NB. Unanständigen Masken sowie schulpflichtigen Kindern ist der Zutritt verboten.

Circus Variété

Vom 1. bis zum 15. Februar 1900 der vorletzte Spielplan in dieser Saison.

(Im Reiche des Humors.)

Nur komische Programmnummern.

Tollheiten über Tollheiten.

Darum:

Lachen nichts als Lachen.

(Näheres die Austragezettel.)

Die Direction.

Einige saubere Damen-Maskenanzüge

Kl. Gröpelgrube 13.

Spar-Club Gemüthlichkeit 1900

Mittwoch den 31. Jan., 8½ Uhr:

Versammlung

Hüxstrasse 94.

Stadt-Theater.

Mittwoch. Ermäßigte Opernpreise.

Die versunkene Glocke.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.

Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 25. Mittwoch, den 31. Januar 1900. 7. Jahrgang.

Gewerbeaufsicht und Arbeiterorganisationen.

Der französische Handelsminister Millerand hat unterm 19. Januar zwei Erlasse — an die Fabrikinspektoren und die Sekretäre der Gewerkschaften und der Arbeitsbörsen — hinausgegeben, die auch außerhalb Frankreichs beachtet zu werden verdienen. In dem Erlasse an die Fabrikinspektoren heißt es u. A.:

Aus den auf meine Anfrage vom 28. November 1899 erstatteten Berichten ergiebt sich, daß die Thätigkeit der Fabrikinspektoren sich ohne die Mitwirkung der Arbeiter vollzieht. Der Arbeiter begiebt sich fast nie zu dem Beamten, um ihm etwas mündlich zu berichten, noch weniger schreibt er ihm. Ebenso wagt er es nicht, während des Besuches des Beamten in der Werkstatt das Wort zu nehmen; wird er aber gefragt, so antwortet er in ausweichender oder unbestimmter Art. Der Beamte selbst wagt seinerseits nicht in der Werkstatt Fragen zu stellen, weil er die Folgen, welche ein solches Gespräch nach sich ziehen könnte, vermeiden möchte.

Wenn daher die Feststellung der Gesetzesumgehungen nicht zum großen Theil unmöglich gemacht werden soll, so müssen die Arbeiter, als Zeugen der Verletzungen der gesetzlichen Vorschriften, die Gewerbeaufsichtsbeamten unterstützen. Diese Unterstützung wird am besten durch eine Verbindung der Aufsichtsorgane mit den Gewerkschaften hergestellt. Was die Beamten nur mit Mühe aus eigener Anschauung oder durch den einzelnen Arbeiter erfahren können, das fließt ihnen leicht durch den von allen Mißbräuchen des Gewerbes unterrichteten Gewerkschaftssekretär zu. Es erscheint daher eine dauernde Verbindung zwischen den von den Arbeitern mit ihrem Vertrauen beehrten und zur Vertheidigung ihrer Interessen angestellten Gewerkschaftsbeamten und den Fabrikinspektoren nothwendig.

Die Arbeitsbörsen und die lokalen gewerkschaftlichen Verbände scheinen am besten geeignet zu sein, das Material der Gewerbeaufsicht zu sammeln. Jeder Aufsichtsbeamte sollte sich daher mündlich oder schriftlich mit den Sekretären der genannten Organisationen in Verbindung setzen, ihnen seine Adresse bekannt geben und sie auffordern, alle Umgehungen der gesetzlichen Vorschriften zu seiner Kenntniß zu bringen. Der Aufsichtsbeamte hat innerhalb 14 Tagen von der Anzeige dem betreffenden Gewerkschaftssekretär Bericht über das Ergebniß seiner Anzeige und der amtlichen Untersuchung zu erstatten. Sollte diese innerhalb eines Monats zu keinem Resultate geführt haben, so hat der Beamte dies dem Gewerkschaftssekretär mitzutheilen und ihn zugleich zu ersuchen, ihm weiteres Material zu dem fraglichen Falle zu liefern, damit die Untersuchung durchgeführt werden kann. In den Jahresberichten ist von den Beamten jeden Bezirkes die Anzahl der Besuche anzugeben, welche sie auf Veranlassung der Organisationen vornahmen. Bis zum 15. April ds. Js. haben die Beamten an den Minister einen Bericht darüber zu erstatten, mit welchen Organisationen sie sich in Verbindung setzten, wie viele der Aufforderung entsprachen und welche Ergebnisse das Verfahren bisher zeitigte. In dem an die Gewerkschaften und Arbeitsbörsen gerichteten Zirkulare betont Millerand in ähnlicher Weise die Nothwendigkeit einer Verbindung mit den Gewerbeaufsichtsbeamten.

Die Bedeutung dieser Erlasse besteht nicht in einem neuen bahnbrechenden Vorgehen des Ministers, sondern in dem Versuche, die bestehenden Gesetze, die bisher nur dazu bestimmt zu sein schienen, umgangen zu werden, zur Geltung zu bringen. Selbst der blödeste Scharfmacher wird nicht wagen zu behaupten, daß die Erlasse auch nur eine Spur „sozialistischen Giftes" enthielten. Sie zeigen im Gegentheil nur, daß zur Durchführung der bürgerlichen Gesetze, soweit Arbeiterfragen in Betracht kommen, die Bourgeoisie unfähig ist, so unfähig, daß die bescheidenste Sozialreform nur noch unter Mitwirkung der Arbeiterklasse weitergeführt werden kann.

In Deutschland, dem klassischen Lande der Sozialreform mit dem Zuchthaus daneben, soll der Minister noch ernannt werden, der die gleichlautenden Wünsche der deutschen Arbeiter erfüllt. Denn noch immer besteht jener famose Erlaß des Herrn v. Berlepsch vom 22. Januar 1896 zu Recht, in dem es den preußischen Gewerbeaufsichtsbeamten verboten wurde, mit den Beschwerdekommissionen der Arbeiter in amtlichen Verkehr zu treten. Natürlich aus Furcht, die sozialdemokratische Bewegung könnte durch solchen Verkehr gefördert werden und königlich preußische Beamte dadurch in den Geruch höchst gefährlicher Förderung von Umsturzbestrebungen kommen.

Allerdings, in Württemberg und bis zu einem gewissen Grade auch in Bayern und Baden, haben sich die Regierungen nicht zu der Höhe ostelbischer Staatsweisheit aufgeschwungen und das weniger subordinationsmäßige Empfinden der Süddeutschen hat ein für die Arbeiterklasse wie für die Beamten gleich ersprießliches Verhältniß zwischen Gewerbeaufsicht und Arbeiterorganisationen hervorgerufen. Allein diese, gegenüber dem preußischen Verfahren begrüßenswerthe Konnivenz (Nachsicht) der Behörden ermangelt der festen Grundlage der rechtlichen Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisationen, die entgegen der blöden Anschauung gewisser zur preußischen Sozialreform abkommandirten Staatsmänner nichts weniger als Streik- und Hetzorganisationen sind.

Die Gewerbeaufsicht ohne die Arbeiterorganisation ausüben, heißt sie zu einer Scheininstitution herabwürdigen. Eine Anzahl einsichtiger deutscher Gewerbeaufsichtsbeamten hat dies längst erkannt, aber bis nach Berlin ist das Verständniß für diese Dinge noch nicht gedrungen. Wir erinnern an die Ausführungen des Baurath Berner auf der Ende vorigen Jahres in Stuttgart abgehaltenen Konferenz von Vertrauenspersonen der Arbeiter. Dort sprach der Genannte im Namen der Gewerbe-Inspektoren und -Assistenten den Arbeitern den Dank aus für die Unterstützung, welche sie den Aufsichtsorganen zu Theil werden ließen.

Wie lange soll noch der Geist des Berlepschen Erlasses eine so einfache Sache wie die gemeinsame Thätigkeit der organisirten Arbeiter und der Gewerbeaufsichtsbeamten verhindern?

In der „freien und Hansestadt" Lübeck, wo ebenfalls der Geist Berlepsches umgeht, lassen zumal die Zustände in dieser Beziehung viel zu wünschen übrig. Hier hört und sieht man von dem Fabrikinspektor so gut wie garnichts. Sein Jahresbericht erscheint sogar schon seit Jahren unter Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. In Speyer sind die Schneider in den Streik getreten. Die Unternehmer suchen die Arbeit in Stettin und Heidelberg anfertigen zu lassen. — Die Brauer in Meißen fordern 26 Mark Wochenlohn, Anerkennung ihres Arbeitsnachweises seitens der Unternehmer und volle Bewegungsfreiheit in der Bethätigung des Koalitionsrechts. Man hofft diese Forderungen nach Lage der Sache ohne ernste Differenzen zu erreichen. — Die Berliner Schmiede beabsichtigen in eine Lohnbewegung einzutreten. Zunächst soll erstrebt werden: Die Einführung des Neunstundentages, höhere Löhne mit Beseitigung der Akkordarbeit, Abschaffung der Ueberstunden, sowie der immer noch üblichen Sonntagsarbeit, Regelung des Arbeitsnachweises u. s. w. — Die streikenden Zimmerleute der Ausstellung in Paris konstituirten ein Streikkomitee, das mit den Unternehmern verhandelt. Man rechnet nach der „Frankf. Ztg." auf eine schnelle Beilegung. Das Syndikat der Pariser Zimmerleute lehnte nach dem Frankfurter Blatte jede Solidarität mit den Streikenden, die meistens aus der Provinz zugezogene Arbeiter zu sein scheinen, ab.

In den Gesellenausschuß der Berliner Bäcker-Innung „Konkordia" wurden die von den Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten gewählt. Den gleichen Erfolg hatte die für das Schiedsgericht aufgestellte Liste.

Gemeindewahlen. Bei den Bürgerausschußwahlen in Durlach (Baden) wurden neun Sozialdemokraten gewählt.

Zum Landtag in Reuß ä. L. ist am Freitag der erste Sozialdemokrat gewählt worden: Genosse Redakteur Feustel in Zeulenroda.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Ueber eine frevelhafte Grabschändung wird berichtet: Das Grab Wilhelm von Humboldts im Schloßpark zu Tegel bei Berlin ist zum Theil zerstört worden. Am Fußende des Grabhügels haben die Grabschänder ein etwa zwei Meter tiefes Loch gegraben, das sich unten hin etwas erweitert. Die Buben hatten es zweifellos auf die am Sarge befindlichen Metalltheile abgesehen, müssen aber bei ihrer Arbeit gestört worden sein, denn eine nach der Entdeckung der Frevelthat vorgenommene Nachgrabung ergab, daß die Metalltheile noch vorhanden waren. Das Holz des Sarges ist bereits so vermodert, daß die Ablösung der Metallbeschläge keine Schwierigkeiten gemacht hätte. Der Amtsvorsteher von Tegel hat sofort Schritte zur Ermittelung der Grabschänder gethan. Hoffentlich gelingt es, die Bubenihrer Bestrafung zuzuführen. — Der Bankier August Sternberg in Berlin, der vor einiger Zeit wegen Sittlichkeitsvergehens in Untersuchungssaft genommen war, aber bald darauf freigelassen wurde, ist Freitag wieder verhaftet worden. Es sollen sich neue, dringende Verdachtsmomente ergeben haben. — Acht Pockenfälle sind in Königsberg i. Pr. seit Mitte Dezember vorigen Jahres vorgekommen. — Eine Typhus-Epidemie ist unter schweren Erscheinungen in Frankenhausen bei Krimmitschau ausgebrochen. Zwei Personen sind bereits gestorben. Von den Behörden wurden Vorsichtsmaßregeln getroffen. — Aus dem Ludwigskanal bei Nürnberg wurde die Leiche eines Dienstmannes gezogen. Der Mann sah einer gerichtlichen Bestrafung entgegen, weil er einem Fremden 10 Pfg. für die Ertheilung einer Auskunft unrechtmäßiger Weise abverlangt hatte, und verübte deshalb Selbstmord. — Ein schwerer Baumfall ist am Sonnabend Vormittag in Reutlingen vorgekommen. Als acht Arbeiter einen schweren Stein auf ein Gerüst transportiren wollten, verschoben sich plötzlich die Bretter, auf welchen die Leute gingen. Drei Arbeiter konnten sich retten, fünf stürzten ab, von denen einer getödtet und einer schwer verletzt wurde. Drei trugen leichtere Verletzungen davon. — Ein ländliches Sittenbild entrollte sich dieser Tage vor dem niederbayerischen Schwurgericht. Ein verheiratheter Schneider in Walburgskirchen hatte, (wie s. Zt. gemeldet), seine beiden 6 und 8 Jahre alten Töchterchen angewiesen, das 6 Wochen alte Kind einer Nachbarin, mit der er wegen einer Geringfügigkeit in Feindschaft lebte, aus der Wiege zu holen, in den Wald zu tragen und dort zu ermorden. Die Kinder handelten getreu nach der Weisung, faßten im Walde das arme Würmchen gemeinsam an den Füßen und schlugen es so lange an die Straßensteine, bis ihm der Kopf zerschmettert war. Dann ließen sie das arme Opfer liegen, das alsbald starb. In der Gerichtsverhandlung stellte es sich noch heraus, daß der Schneider mit einer seiner Töchter Blutschande trieb. Der Mann erhielt 12 Jahre Zuchthaus, die Kinder kommen in eine Anstalt. — Sonnabend Morgen 2 Uhr 45 Min. wurde in Hechingen ein Erdbeben verspürt. Der Stoß ging von Süd nach Nord unter donnerähnlichem Krachen. — Die fakultative Leichen-

Eine neue Judith.

Roman von H. Rider-Haggard.
Autorisirte Uebersetzung a. d. Englischen von Natalie Rümelin.

22. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

In diesem Augenblick schlängelte sich Jantje auf eine Weise durch die Orangenbäume, die deutlich verrieth, daß er bemerkt sein wollte.

„Komm hinter den Bäumen hervor, Du kleiner Schlingel, und gib es auf, herumzukriechen wie eine Schlange in einer Steinmauer!" rief John. „Was willst Du — Deinen Lohn?"

So angerufen, kam Jantje ganz hervor und kauerte, wie gewöhnlich, mitten im Weg in der Sonne nieder.

„Nein, Baas," sagte er, „es ist nicht wegen des Lohnes, der ist noch nicht fällig. Nein, Baas, das ist es nicht, aber die Buren haben der englischen Regierung den Krieg erklärt und die Rooibaatjes bei Bronkers Spruit in der Nähe von Middelburg geschlagen. Joubert hat sie vorgestern alle erschossen."

„Was!" rief John und ließ vor Staunen seine Pfeife fallen. „Doch halt, das muß eine Lüge sein. Du sagst, bei Middelburg und vorgestern: das wäre am 20. Dezember gewesen! Wann hast Du es gehört."

„Bei Tagesanbruch, Baas. Von einem Basutu."

„Dann ist die Sache schon erledigt. Die Nachricht hätte in achtunddreißig Stunden nicht hier sein können. Wie kannst Du mir ein solches Märchen aufbinden?"

Der Hottentotte lächelte. „Es ist ganz wahr, Baas. Schlechte Nachrichten haben Flügel," und er richtete sich auf und schlich sich an seine Arbeit.

Trotz der offenbaren Unmöglichkeit der Sache fühlte sich John bedeutend beunruhigt, weil er immerhin die ungeheure Schnelligkeit kannte, mit welcher sich Neuigkeiten unter den Kaffern verbreiten. Er verließ Bessie, die auch etwas erschrocken war, um Silas Croft im Garten aufzusuchen und ihm mitzutheilen, was ihm Jantje gesagt hatte. Der alte Mann wußte nicht recht, was er aus der Sache machen sollte, er erinnerte sich aber an Frank Müllers Drohungen und schüttelte bedenklich den Kopf.

„Wenn irgend etwas Wahres an der Sache ist, hat der Schurke Müller seine Hand im Spiel," sagte er. „Ich will in's Haus gehen und mit Jantje sprechen. Gib mir Deinen Arm, John."

Kaum waren sie am Ende des Weges angelangt, als sie Haus Coetzees stattliche Gestalt auf seinem Pony bemerkten, der im Schritte herankam.

„Ah," sagte der alte Silas, „da kommt einer, der uns sagen kann, ob überhaupt etwas an der Sache ist."

„Guten Tag, Oom Coetzee, guten Tag!" rief er mit seiner Stentorstimme. „Was bringen Sie Neues?"

„Almagtiger, Oom Silas, schlechte Neuigkeiten! Sie haben doch von dem ‚bymakaar' in Paarde Kraal gehört? Frank Müller wollte durchaus, ich sollte hingehen, aber ich ging nicht, und nun haben sie der englischen Regierung den Krieg erklärt und eine Proklamation an Lanyon geschickt. Es wird zum Kampf kommen, Oom Silas, das Land wird in Blut schwimmen, und die armen Rooibaatjes werden wie Böcke zusammengeschossen werden."

„Die armen Buren, wollen Sie sagen," zürnte John, der es nicht liebte, in mitleidigem Ton von Ihrer Majestät Truppen sprechen zu hören.

Oom Coetzee schüttelte den Kopf mit der Miene eines Mannes, der ganz genau Bescheid weiß, und lauschte aufmerksam den Worten Onkel Silas', der die Erzählung Jantjes wiederholte.

„Almagtiger!" stöhnte Coetzee, „was habe ich euch gesagt? Die armen Rooibaatjes zusammengeschossen und das Land mit Blut getränkt! Und nun wird mich dieser Frank Müller auch in die Geschichte hineinziehen, und ich werde mitziehen und auf die armen Rooibaatjes schießen müssen! und ich kann nicht fehlen, ich mag mir so viel Mühe geben, als ich will. Und wenn wir sie alle todtgeschossen haben, dann wird wahrscheinlich Burgers zurückkommen, und der ist ‚krankzinnig' (wahnsinnig). Ja, ja; Lanyon ist schlimm, aber Burgers ist noch schlimmer," und der behagliche, alte Herr stöhnte laut bei dem Gedanken an all das Ungemach, das ihm, wie er voraussah, bevorstand; schließlich trat er den Heimweg über einen Saumpfad an, weil er, wie er sagte, bei der jetzigen Lage der Dinge es nicht bekannt werden lassen wollte, daß er einen Engländer besucht habe. „Sie könnten sonst sagen," fügte er zu näherer Erklärung hinzu, „ich sei dem ‚Land' nicht treu, dem Land, das wir Buren mit unserm Blut erkauft haben und mit unserm Blut zurückkaufen werden, was auch die Rooibaatjes, die armen Packesel von Rooibaatjes dagegen thun werden. Ach, diese armen Rooibaatjes! ein Bur wird zwanzig von ihnen vor sich her jagen und über das Feld treiben, wenn sie überhaupt in ihren großen Schnappsäcken und mit dem Zinnzeug, das an ihnen herunterhängt wie die Töpfe und Kessel an einem Bauernwagen, schnell genug laufen können. Ach, diese armen Rooibaatjes!" und damit ritt er, traurig den Kopf schüttelnd, davon.

„Ich bin froh, daß der alte Herr sich auf die Socken gemacht hat," sagte John, „denn wenn er noch viel länger über die armen englischen Soldaten gejammert hätte, so weiß ich nicht, was ich gethan hätte."

„John," sagte plötzlich der alte Croft, „du mußt nach Pretoria gehen und Jeß holen. Glaube mir, die Buren werden Pretoria belagern, und wenn wir sie nicht sofort heimholen, so wird sie dort mit eingeschlossen."

„O nein," rief Bessie in plötzlichem Schrecken, „ich kann John nicht von mir gehen lassen."

„Ich bedaure, dich in dieser Weise sprechen zu hören, wenn deine Schwester in Gefahr ist, Bessie," antwortete ihr Onkel streng, „aber vielleicht ist es ganz natürlich. Ich

verbrennung ist, wie die „Deutsche medizinische Wochenschrift" an der Hand statistischen Materials mittheilt, in Deutschland in steter Zunahme. Die meisten Leichenverbrennungen haben im Jahre 1899 im Gothaer Krematorium stattgefunden, nämlich 199; dann folgt Heidelberg mit 151, Hamburg mit 111, Jena, das jetzt erst im zweiten Betriebsjahr steht, mit 46, und schließlich das soeben neu eingerichtete Krematorium in Offenbach mit 1. Im ganzen haben also im Jahre 1899 508 Leichenverbrennungen stattgefunden, 51 mehr als im Vorjahr. — Auf die Suche nach Andree wird sich, wie man mittheilt, der Polarfahrer Kapitän Bade-Wismar begeben. Er beabsichtigt im kommenden Sommer eine Hilfsexpedition nach dem Franz Josephs-Land auszurüsten, um Andree oder dessen Ueberreste aufzusuchen. — Aus Wien berichtet man dem „Kl. Journ.": Die gegen Baron Hermann Teschenberg aus Berlin wegen grober Unsittlichkeiten eingeleitete Untersuchung wurde eingestellt, da die Gerichtsärzte unwiderstehlichen Zwang in Folge krankhafter Veranlagung konstatirten. Merkwürdig, daß Adelige und andere den „oberen Zehntausend" Angehörige stets krankhaft veranlagt sind, wenn sie mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt kommen und schwere Strafe zu erwarten haben! — Das Wiener Schwurgericht verurtheilte den 36jährigen Weltpriester Lukas Kinateder aus Baiern wegen Sittenverbrechens zu drei Jahren schweren Kerkers. — 124 Todesfälle an der Grippe kamen am 25. Januar in Barcelona vor. — Seit mehreren Tagen ist Palermo eine Stadt von 350 000 Einwohnern, ohne Fleisch und ohne Gemüse. Die Läden aller Schlachter, Geflügel- und Gemüsehändler sind geschlossen, weil der Statrath, um ein Defizit von 800 000 Lire, das durch eine skandalöse und unehrenhafte Verwaltung entstanden ist, zu decken, zu neuen Steuern seine Zuflucht nehmen mußte und eine Fleisch-, Milch-, Eier-, Hühner-, Wein-, Papier-, Fenster-, Gemüsesteuer ausschrieb. Die kleinen Händler schlossen empört darüber ihre Läden. Das Vieh, das aus der Umgebung in die Stadt getrieben wurde, reicht bei weitem nicht, um den nothwendigen Bedarf zu decken, und die volkreiche Stadt sieht einer großen Theuerung und vielleicht auch, wie dem „B. L. A." geschrieben wird, blutigen Aufständen entgegen, wenn der Stadtrath keine Abhülfe schafft. Die Volksmassen demonstriren täglich zu Tausenden vor dem Rathhaus, jedoch wurden bisher noch blutige Zusammenstöße vermieden. — Ein fideles Gefängniß besaß bis vor kurzem die russische Stadt Nemel im Gouvernement Witebsk. Der Gefängnißinspektor Awerkow wußte sich mit seinen Arrestanten auf den besten Fuß zu stellen, er ließ sie, einerlei, ob sie bereits verurtheilt oder noch in Untersuchungshaft waren, ohne jede Aufsicht in der Stadt und deren Umgebung umhergehen. Beide Theile sollen sich dabei ganz gut gestanden haben, bis einer der Untersuchungsgefangenen, dem wegen Pferdediebstahls der Prozeß gemacht wurde, auf einem solchen Ausfluge die Unvorsichtigkeit beging — noch ein Pferd zu stehlen. Der Dieb wurde abgefaßt und der gutmüthige Inspektor wegen seiner allzugroßen menschlichen Pflichtauffassung von seinem Amte entfernt. — Wegen Ermordung eines Viehhändlers wurden vor sechs Jahren in St. Louis (Nordamerika) zwei Deutsche, Jakob Henze und H. Kaiser, zum Tode verurtheilt. Achtmal gewährte das Gericht einen Aufschub der Hinrichtung. Als die beiden Unglücklichen schließlich bereits zum Galgen geführt wurden, traf eine Depesche des Gouverneurs ein, der sie zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt. Jetzt hat sich ihre Unschuld herausgestellt. Einer der drei wirklichen Mörder, von denen zwei vor kurzem im Kampfe mit der Polizei erschossen wurden, hat im Zuchthaus, wo er wegen Einbruchs sitzt, ein Geständniß abgelegt.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde am 26. d. M. vor der Strafkammer in Halle gegen den Obstpächter Paul Hennig aus Wurp verhandelt. Die Verhandlung war öffentlich und ergab, daß der Angeklagte von der eigenen Ehefrau denunzirt worden war. Der Schwiegervater, der ihm zur Zeit ebenfalls feindlich gesinnt war, erschien eines Tages bei dem Gemeindevorsteher in Wurp und machte die Meldung, sein Schwiegersohn habe gesagt, er wolle gegen den Kaiser etwas unternehmen und das Berliner Schloß in „die Luft schießen." Der Gemeindevorsteher schien die ganze Angelegenheit schon damals richtig überschaut zu haben und meinte heute, er habe die Sache nicht näher untersucht, weil er sie für „Quatsch" gehalten habe. Der Angeklagte war in Haft genommen und dann gegen eine Sicherung von 600 Mark wieder freigelassen worden. Seine Frau sowie sein Schwiegervater und sein Schwager machten von dem Recht der Zeugnißverweigerung Gebrauch, worauf der Staatsanwalt Freisprechung beantragte und der Gerichtshof demgemäß erkannte.

Nach dem Buchstaben des Gesetzes. Die Strafkammer Graudenz hat die im Elend lebende Arbeiterfrau Nawotzki aus Dombrowken der „Königsberger Volkstribüne" zufolge dieser Tage zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt, weil sie sich in harter Winterzeit ohne Erlaubniß aus dem königlichen Forst ein Bündel Reisig im Werthe von zwölf Pfennigen geholt hatte. Einen Monat lang mußte die unglückliche Frau in Untersuchungshaft sitzen. Die Parteipresse wird dafür sorgen, daß das Urtheil in den weitesten Kreisen bekannt werde.

Ein Jahr unschuldig in Untersuchungshaft! Vor dem Gerichte in Traunstein hatte sich am Donnerstag der Postkondukteur Toletti wegen verschiedener Diebstähle, die in dem Wagen der Bahnpost ausgeübt worden waren, zu verantworten. Toletti mußte über ein Jahr in Untersuchungshaft zubringen und jetzt fand die Verhandlung statt. Diese endete mit der Freisprechung des Angeklagten. Der Mann wird wohl einige hundert Mark Entschädigung bekommen, wenn's gewiß ist; damit glaubt der Staat die Sache wieder gut gemacht zu haben.

Eine vom schwachen Geschlecht. Das „Wiener Extrablatt" schreibt: Ein starkes Mädchen ist Fräulein Rose de la Chapelle, die kürzlich vor der neunten Kammer des Pariser Strafgerichts, nach ihrem Beruf befragt, die kurze Antwort gab: „Ich habe einen Freund." Fräulein Rose de la Chapelle liebt es, spät schlafen zu gehen und vor ihrer Abendtoilette noch etliche Cafés und Weinstuben des Quartier latin zu besuchen. So gerieth sie vor einigen Wochen gegen zwei Uhr Morgens wieder in eine Weinstube; sie war schlechter Laune und fand, daß man sie nicht schnell genug bediene. Um ihrem Unmuthe Luft zu machen, verließ sie das Lokal, kam aber gleich mit einem mächtigen Pflasterstein bewaffnet zurück und warf diesen so schneidig zwischen die Tische, daß ein halbes Dutzend von ihnen mit allen Gläsern und Flaschen krachend und klirrend zusammenstürzte. Das gab einiges Geräusch. Drei Kellner, welche leider über die Muskelkraft von Fräulein Rose de la Chapelle nicht genügend unterrichtet waren, wollten sich der Friedensstörerin bemächtigen. Der Erfolg war, daß der erste Kellner hinter das Buffet, der zweite unter die gestürzten Tische und der dritte durch's Fenster auf die Straße flog. Das gab nun wieder einiges Geräusch, welches jetzt zwei Schutzleute herbeilockte. Frl. Rose de la Chapelle, weit entfernt, sich auch an den Schutzleuten zu vergreifen, erklärte nur, sie lasse sich nicht hinauswerfen und griff dabei mit der Rechten nach einer in die Mauer eingelassenen Eisenstange. Die Schutzleute zogen an der Dame. Vergeblich! Man holte noch zwei Schutzleute. Fräulein Rose de la Chapelle war an der Mauer festgewachsen. Auch die drei Kellner, also zusammen sieben Mann, konnten die Brunhilde nicht bezwingen, bis endlich die — Mauer nachgab und die Eisenklammer herausfiel. Vor Gericht hatte Fräulein Rose de la Chapelle die Lacher auf ihrer Seite und kam mit einer Geldstrafe von 50 Francs davon.

Die Empfindungen der Soldaten bei der „Feuertaufe". Ueber die Empfindungen der englischen Soldaten, wenn sie zum ersten Mal dem Gewehr- und Geschützfeuer der Buren gegenüberstehen, liegt in den Soldatenbriefen aus dem Felde eine Reihe interessanter Schilderungen vor. „Während des jetzigen Feldzuges gegen die Buren," erzählt ein gemeiner Soldat, „empfand ich zuerst, wie man sich unter dem feindlichen Feuer fühlt. Die Empfindung ist ganz eigenartig, aber durchaus nicht sehr unangenehm. Man keucht etwas, und die Aufregung ruft in dem ganzen Körper ein eigenthümliches Prickeln hervor. Ein paar Sekunden scheint man die Herrschaft über den eigenen Körper ganz zu verlieren. Unwillkürlich duckt man den Kopf, und in den Beinen fühlt man ein fast unbezwingbares Bedürfniß, wegzulaufen, um Deckung zu suchen. Einen Augenblick später jedoch ist man kühl bis ans Herz hinan." Ein anderer Soldat antwortet auf die Frage, welche Gefühle er beim ersten Gefecht hatte, ihn hätte eine starke Neigung, zu kichern, beherrscht. Einen Kameraden in der Front war der Hut von einem Splitter einer platzenden Granate fortgerissen worden, und dieser Anblick hatte ein peinigendes Gefühl der Lustigkeit in ihm hervorgerufen. Vielfach scheint eine Art von hypnotischem Einfluß vorzuliegen. Das Eintreten der Lebensgefahr, die Ungewißheit des Ausganges, alle die Umstände, die in einer Schlacht eintreten, scheinen zusammen die Gefühle zu einem Höhepunkt zu treiben, der dem Zustande der Hysterie verwandt ist. Wenn das Signal ertönt „Feuer einstellen" und die Spannung nachläßt, macht sich daher auch eine natürliche Reaktion geltend. „Ich war so mit mir selbst zufrieden, nachdem das erste wirkliche Gefecht, an dem ich theilgenommen habe, vorüber war," erzählt ein Soldat, „daß ich vor Entzücken hätte tanzen mögen. Viele meiner Kameraden müssen von demselben Gefühl beseelt gewesen sein, denn sie schüttelten sich die Hände und schrieen vor Vergnügen wie die Schuljungen." Ein Veteran erzählt, daß er Empfindungen wie ein Ertrinkender hatte, als er in sein erstes Gefecht ging. Seine ganze Vergangenheit tauchte in Bildern in seiner Erinnerung auf, unbedeutende und längst vergessene Zwischenfälle standen ihm in voller Klarheit vor Augen. Aehnliche Beschreibungen kehren in den Schilderungen der Soldaten oft wieder; die Erfahrungen variiren natürlich mit dem Temperament des Betreffenden. Andere wieder scheinen solchen Empfindungen nicht zugänglich zu sein. Einer, der darüber befragt wurde, erwiderte, die feindliche Artillerie hätte einen so ohrenbetäubenden Lärm gemacht, daß er an nichts denken konnte; nur das Kommando vorzurücken habe ihm vorgeschwebt, das Feuer habe ihn zwar etwas betäubt, aber er habe nur den Wunsch empfunden, seinen Posten auszufüllen.

„Der ärgste Schuft im ganzen Land ist und bleibt der Denunziant." Aus Augsburg geht der „Münch. Post" die Meldung zu, daß in der Verhandlung über die Krawalle in der Wertachvorstadt im Schwurgerichtssaale der Berichterstatter der „Münch. Post", Martin Gruber, wegen Ungebühr zu mehreren Tagen Haft verurtheilt und sofort in ein diesbezügliches Separatgemach abgeführt wurde. Dem Vorkommnisse liegt folgender Thatbestand zu Grunde: Gruber saß auf der Journalistenbank und stenographirte eifrig eine Aeußerung des Vorsitzenden nach. Wie die betr. Worte lauteten, ist unserm Münchener Parteiorgan unbekannt, nur so viel, daß Gruber, nicht auf seine Umgebung achtend, die Auslassung des Vorsitzenden in einer nur vor sich hin gemachten Bemerkung nicht besonders hoch taxirte. Niemand hatte die Bemerkung Grubers gehört, so war wenigstens anzunehmen. Dem war aber nicht so. Dem dünnen Ohre eines Journalistendienste verrichtenden Individuums waren die paar im Flüstertone gesprochenen Worte nicht entgangen. Dieses Individuum, — wie bereits festgestellt ist, der Gerichtssaalreporter der liberalen „Augsb. Neuest. Nachr.", Lorenz Seidel, denunzirte den Journalisten Gruber dem Gericht und das Uebrige folgte nach. Der Staatsanwalt hätte sich damit begnügt, den Gruber nach Schluß des Prozesses in Haft zu nehmen, damit die von ihm bedienten Blätter nicht ohne Berichte bleiben über den Fortgang des Prozesses. Das Gericht wollte es jedoch anders und ordnete die sofortige Abführung Grubers an. Pfui!

Unschuldig verurtheilt. Dem Schwurgericht in Konstanz lag dieser Tage die Aufgabe ob, einem Menschen, der 1 Jahr unschuldig im Zuchthaus gesessen, im Wiederaufnahmeverfahren seine bürgerliche Ehre zurückzugeben. Der 44jährige Schuhmacher Johann Schuster von Frankweiler (Pfalz) wurde am 7. April 1897 auf die eidliche Aussage eines 17jährigen Kindermädchens wegen Sittlichkeitsverbrechen zu 1½ Jahren Zuchthaus verurtheilt, wovon ihm wegen guter Führung 6 Monate geschenkt wurden. Es gelang ihm nun, nachzuweisen, daß jenes Mädchen ihn falsch bezichtigt hatte.

Eine furchtbare Gasexplosion hat in der großen Wollspinnerei der Gebrüder Brigs u. Compagnie in Marki bei Warschau in Folge der Unvorsichtigkeit eines englischen Mechanikers stattgefunden. Die Erschütterung war so stark, daß im Kesselhaus die Decke einstürzte. Sieben Arbeiter blieben auf der Stelle todt, acht haben schwere Verletzungen davongetragen. — Ferner fand eine schwere Gasexplosion in Radkersburg (Steiermark) bei der Untersuchung einer schadhaften Wassergasleitung am Holzplatze statt. Mehrere Häuser und die Murbrücke wurden beschädigt. Ein Arbeiter wurde schwer, mehrere leicht verletzt.

---

will selbst gehen. Wo ist Jantje? Ich werde den Kapwagen und die vier Graulschimmel brauchen.

„Nein, lieber Onkel, John soll gehen. Ich bedachte nicht, was ich sagte. Es schien mir zuerst — ein wenig hart."

„Natürlich muß ich gehen," sagte John. „Sei nicht bange, mein Lieb, in fünf Tagen bin ich wieder zurück. Diese vier Pferde machen sechszig Meilen und mehr am Tag. Sie sind so fett wie Bunter, und auf dem ganzen Weg giebt's eine Masse Gras, wenn ich kein anderes Futter bekommen kann. Außerdem ist der Wagen beinahe leer und ich kann Lebensmittel genug und auch fünfzig Bund Futter mitführen. Ich will den Zulubursche, den Monti, mitnehmen. Er versteht zwar nicht viel von den Pferden, aber er ist ein muthiger Kerl und wird in der Noth zu uns stehen. Auf Jantje kann man sich nicht verlassen, er schleicht immer irgendwo herum und wäre jedenfalls gerade betrunken, wenn man ihn nöthig hätte."

„Ja, ja, John, das ist recht," sagte der alte Mann. „Ich will nach den Pferden sehen und die Räder schmieren lassen. Wo ist das Kastoröl, Bessie? Es ist nichts besser für diese Patentachsen, als Kastoröl. In einer Stunde solltest du auf dem Wege sein, John. Heute Nacht schläfst du am besten bei Lucks; du könntest auch noch weiter kommen, aber dort bist du gut aufgehoben und kannst ja auch Morgens um drei Uhr wieder aufbrechen; denn bist du morgen Nacht um zehn Uhr in Heidelberg und übermorgen Nachmittag in Pretoria," und geschäftig eilte er fort, um die nöthigen Anordnungen zu treffen.

„O John", sagte Bessie und begann zu weinen, „ich lasse dich gar nicht gern unter diese wilden Buren ziehen. Du bist englischer Offizier, und wenn sie dahinter kommen, erschießen sie dich. Du weißt nicht, wie roh sie sein können, wenn sie denken, es sei keine Gefahr dabei. O John, John, ich kann es nicht ertragen!"

„Kopf hoch! mein Lieb", sagte John, „und höre um des Himmels willen auf zu weinen — ich kann es nicht mit ansehen. Ich muß gehen, Liebste; dein Onkel würde es mir nie vergeben, wenn ich nicht ginge und, was mehr ist, ich könnte es mir selbst nicht verzeihen. Wir dürfen Jeß nicht der Gefahr aussetzen, vielleicht monatelang in Pretoria eingeschlossen zu werden. Ein bißchen Gefahr mag wohl dabei sein, doch die habe ich nie gescheut, wenigstens früher nicht, aber du hast etwas wie einen Feigling aus mir gemacht, liebe Bessie. Komm, gieb mir jetzt einen Kuß und dann hilf mir meine Sachen packen. So Gott will, bin ich in etwa einer Woche wohl behalten zurück und Jeß mit mir."

Darauf trocknete Bessie, die ein verständiges, praktisches Mädchen war, ihre Thränen und begann mit heiterem Gesicht, wenn auch mit schwerem Herzen, jede Vorsorge für ihn zu treffen, die nur möglich war. Die wenigen Kleider, die John mitnehmen wollte, wurden in eine Tasche gepackt und der Wagenkasten mit Büchsenkonserven, wie sie in Südafrika gebräuchlich sind, angefüllt; auch all die übrigen zahllosen Dinge — oft scheinbare Kleinigkeiten — deren man auf Reisen in wilden Ländern nöthig bedarf, wurden nicht vergessen.

Dann wurde ein eisiges Mahl eingenommen, und noch ehe dieses zu Ende war, fuhr der Wagen vor. Jantje hing wie gewöhnlich an den Köpfen der beiden vorderen Pferde, und der kräftige Zulu-, oder richtiger Swaziburche Monti, dessen ganzes Gepäck in einem Bündel in eine Grasmatte gewickelter Assegais und Stöcke zu bestehen schien, und der trotz der Hitze in einem Soldatenmantel gehüllt war, war, lehnte daneben.

„Lebe wohl, John, lieber John", sagte Bessie und küßte ihn wieder und immer wieder und suchte die Thränen zurückzuhalten, die trotz aller Anstrengung sich immer wieder in den blauen Augen sammelten. „Lebe wohl, Geliebtester!"

„Gott segne dich, mein Lieb," sagte er einfach, als er sie küßte; „adieu, Mr. Croft. Ich hoffe dich in einer Woche wieder zu sehen."

Damit war er im Wagen, Jantje ließ die Köpfe der Pferde los; Monti sprang mit überraschender Behendigkeit in den Wagen, und die Pferde entfernten sich in einem kurzen Galopp, und bald war vor Bessies feuchten Blicken alles in undurchdringlichen Nebel gehüllt. Arme Bessie, es war eine harte Prüfung für sie, und da nun ihre Thränen ihn nicht mehr betrüben konnten, ging sie in ihr Zimmer und ließ ihnen freien Lauf.

John langte rechtzeitig bei Lucks an, dessen an der Straße nach Pretoria gelegenes Haus eine Vereinigung von einer Farm, einem Gasthof und einem Laden darstellte, obgleich es eigentlich keins von allem war. Will der in Südafrika Reisende in einem derartigen Hause für sich und sein Pferd Unterkunft finden, so muß er sich vorsichtig benehmen, wenn er nicht ersucht werden will, weiter zu ziehen. Er muß mit dem Hute in der Hand es als eine Gunst erbitten, aufgenommen zu werden und mit allem zufrieden scheinen.

„Wenn es Ihnen so nicht gefällt, so gehen Sie zum Teufel!" lautet die einfache Antwort des Wirthes auf die Ausstellungen eines entrüsteten Reisenden. Und dann muß sich dieser fügen oder weiter in die ungastliche Wildniß hinaus ziehen.

John ging es übrigens recht gut. Er kannte die Besitzer des Hauses, die gute Leute waren, wenn man sich ihnen höflich nahte; sie befanden sich auch alle in einem so unangenehmen Zustand der Aufregung, daß sie froh waren, noch einen Engländer zu finden, mit dem sie die öffentlichen Angelegenheiten besprechen konnten. Sie wußten zwar nichts Bestimmtes, aber es waren Gerüchte hierher gedrungen von dem Unheil bei Bronkers Spruit und wieder andere von der Einschließung von Pretoria und von dem Vordringen großer Massen Buren, die den Paß über den Drakensberg, unter dem Namen Laings Nek bekannt, besetzen sollten — doch hatte man nichts Genaues in Erfahrung bringen können.

(Fortsetzung folgt).

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.